

**Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft  
Band 26**

**Die Anfänge der bibliothekarischen Ausbildung in Köln  
1928 - 1949**

Rudolf Jung

Juni 2000

Fachhochschule Köln  
Fachbereich Bibliotheks- und Informationswesen

**Jung, Rudolf:**

Die Anfänge der bibliothekarischen Ausbildung in Köln

1928 - 1949 /

von Rudolf Jung. -

Köln : Fachhochschule Köln, Fachbereich Bibliotheks- und

Informationswesen, 2000. -

(Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft; 26)

ISSN (Print) 1434-1107

ISSN (elektronische Version) 1434-1115

*Die **Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft** berichten über aktuelle Forschungsergebnisse des Fachbereichs Bibliotheks- und Informationswesen der Fachhochschule Köln. Veröffentlicht werden sowohl Arbeiten der Dozent/inn/en, als auch herausragende Arbeiten der Studierenden. Die Kontrolle der wissenschaftlichen Qualität der Veröffentlichungen liegt bei der Schriftleitung. Jeder Band erscheint parallel in Printversion und in elektronischer Version (über unsere Homepage: <http://www.fbi.fh-koeln.de/papers/index/titel/htm>).*

Fachhochschule Köln Fachbereich Bibliotheks- und Informationswesen Claudiusstr.1 D-50678 Köln

Tel.: 0221/8275-3376 Fax: 0221/3318583

Schriftleitung: Karin Finkbeiner, Prof. Dr. Wolfgang G. Stock

© by FH Köln 2000

# Inhalt

I. Vorbemerkung	4
II. Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928 bis 1944	5
a) Vorbereitung 1909 bis 1927	5
b) Gründung und Entwicklung	10
c) Zweiter Weltkrieg und Schließung der Büchereischule 1944	16
III. Die Westdeutsche Büchereischule 1946 bis 1949	22
a) Neubeginn 1946 und nachgeholte Prüfungen	22
b) Eröffnung der Büchereischule und weitere Entwicklung	28
c) Ausbildung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken	31
d) Änderung des Status und des Namens	40
IV. Weiterführende Literatur	43

## **I. Vorbemerkung**

Eine geregelte bibliothekarische Ausbildung in Köln gibt es seit dem Jahr 1928, rechnet man die interne Ausbildung der Kölner Volksbüchereien hinzu, sogar seit 1915.

Die beiden ersten Etappen dieser Ausbildung sind in zwei Beiträgen 1994 und 1995 behandelt worden\*, sie werden hier in leicht veränderter Form, als durchgehender Text und mit neuen Zwischenüberschriften wieder vorgelegt.

Ich danke dem Dekan des Fachbereichs Bibliotheks- und Informationswesen, Herrn Prof. Dr. Achim Oßwald für die Anregung zu dieser Umarbeitung und für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Fachbereichs.

Den Verlagen K.G. Saur und Vittorio Klostermann danke ich, daß sie den Wiederabdruck gestattet haben.

\*Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928-1944. In: Bibliothekarisches Studium in Vergangenheit und Gegenwart : Festschrift aus Anlaß des 80jährigen Bestehens der bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig im Oktober 1994 / hrsg. von Engelbert Plassmann... - Frankfurt am Main : Klostermann, 1995. - (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie : Sonderheft ; 62). - S.137-149. - Die Westdeutsche Büchereischule 1946 bis 1949. In: Bücher für die Wissenschaft : Festschrift Günter Gattermann zum 65. Geburtstag / hrsg. von Gert Kaiser. - München : Saur, 1994. - S.179-194.

## **II. Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928 - 1944**

Als am 15. Mai 1928 im Hansasaal des Kölner Rathauses eine Eröffnungsfeier aus Anlaß der Gründung der Westdeutschen Volksbüchereischule stattfand, wurde ein Schlußpunkt gesetzt unter die seit mehreren Jahren in Köln, Düsseldorf und Essen nur intern durchgeführte Ausbildung von Volksbibliothekaren, und es wurde der Anfang gemacht mit einer regulären Ausbildung, die mit einem anerkannten Examen abschloß<sup>1</sup>.

### **a) Vorbereitung 1909 bis 1927**

Am Beginn der Diskussion über eine geregelte volksbibliothekarische Ausbildung standen die preußischen Erlasse von 1909 und 1916, die eine "Diplomprüfung für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken sowie für den Dienst an Volksbibliotheken (1909: und verwandten Instituten)" einführten<sup>2</sup>. Diese Erlasse regelten zwar die praktische Ausbildung, überließen es aber den einzelnen Praktikanten, wie und wo sie sich die nötigen theoretischen Kenntnisse aneignen wollten. Die 1914

---

<sup>1</sup>Einen Überblick über die Entwicklung der Westdeutschen Volksbüchereischule hat zweimal Maria Steinhoff gegeben: Rudolf Reuter und die Westdeutsche Volksbüchereischule. In: Im Dienste der Erwachsenenbildung : Festgabe für Rudolf Reuter zur Vollendung seines 70. Lebensjahres. Osnabrück 1961, S.159-168. - Der zweite Text "Gründung und Entwicklung der Westdeutschen Volksbüchereischule 1928-1944" liegt nur im Typoskript vor, das M. Steinhoff im Juni 1973 Werner Krieg zu dessen 65. Geburtstag überreicht hatte. Eingelegt in dieses Typoskript sind die Denkschrift Rudolf Reuters (1926/27), Abschriften von Schreiben des Bezirksamtes Berlin-Neukölln (14.4.1927) und des Kölner Kulturdezernenten (21.4.1927), die an die Büchereischule gerichteten Originale des Reichserziehungsministers, in denen die Schließung der Schule verfügt wurde, ein persönliches Schreiben an M.Steinhoff vom 9.9.1943 aus Straßburg, die Verlagerung der Schule betreffend, sowie drei Kopien von Aufsätzen M. Steinhoffs. Die beiden Texte sind weitgehend identisch; im Typoskript finden sich gelegentlich etwas persönlichere Bemerkungen. Das Typoskript befindet sich in meinem Besitz; Frau Lotte Krieg hat es mir aus dem Nachlaß ihres Mannes kurz vor ihrem Tod übergeben.

<sup>2</sup>Erlaß vom 10.8.1909 in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 26 (1909) S.456-459. Erlaß vom 24.3.1916 in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 33 (1916) S.103-110. - Vgl. dazu auch: Adolf von Morzé, Beruf und Ausbildung von 1893-1933 und 1945. In: Handbuch des Büchereiwesens. Bd.1, Wiesbaden 1973, S.861-938, bes. S.888-891, 895-905, 931-935.

gegründete "Fachschule für Bibliothekstechnik und -verwaltung" in Leipzig<sup>3</sup> bot eine theoretische Ausbildung nur für Volksbüchereien an und wurde nicht nur von angehenden Volksbibliothekaren aus Sachsen, sondern auch aus Preußen besucht. An der im Januar 1915 in Berlin gegründeten "Zentrale für Volksbüchereien" richtete dessen Leiter, Paul Ladewig, im Mai 1916 "Lehrkurse für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und an Volksbibliotheken" ein<sup>4</sup>. Die preußische Prüfungsordnung vom 24.3.1916 verlangte zwei Jahre Ausbildung, schrieb jedoch den Besuch bestimmter Kurse nicht bindend vor. Ein Jahr später, am 24.9.1917 wurde die sächsische Diplomprüfungsordnung erlassen, die eine einjährige theoretische Ausbildung an einer Büchereischule vorsah<sup>5</sup> und so die Leipziger Fachschule bestätigte.

Da es vor allem die größeren Volksbüchereien waren, die Praktikantinnen einstellten und für den eigenen Bedarf ausbildeten, war es ihnen überlassen, wohin sie diese zur theoretischen Ausbildung schickten oder ob sie die theoretische Ausbildung im eigenen Haus, d.h. in einer internen Fachschule organisierten. Im Rheinland waren es Essen und Köln, die zwischen 1915 und 1928 intern ausbildeten<sup>6</sup>. Dabei wäre es 1914 beinahe zu einer eigenen Kölner bibliothekarischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung gekommen. In den Handakten von Adolf Keysser, dem langjährigen Direktor der Stadtbibliothek Köln<sup>7</sup> hat sich der Entwurf "Bestimmung über die Annahme, Ausbildung,

---

<sup>3</sup>Zur bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig vgl. jetzt: Bibliothekarische Studium in Vergangenheit und Gegenwart : Festschrift aus Anlaß des 80jährigen Bestehens der bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig im Oktober 1994 / hrsg. von Engelbert Plassmann... - Frankfurt am Main, 1995. - (ZfBB : Sonderheft ; 62), vor allem die Chronik von Kornelia Richter, S.15-67.

<sup>4</sup>Vgl. dazu und zum "Richtungsstreit" Tibor Süle, Bücherei und Ideologie. Politische Aspekte im "Richtungsstreit" deutscher Volksbibliothekare 1910-1930, Köln 1973, S.27f.

<sup>5</sup>Karl Boysen, Die sächsische Prüfungsordnung für das Bibliothekswesen. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 35(1918) S.73-83 (Text: S.73-78).

<sup>6</sup> Zur Kölner internen Ausbildung vgl. Brigitte Robenek, Geschichte der Stadtbücherei Köln von den Anfängen im Jahre 1890 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Köln 1983, S.59f. - Zu Essen: Eugen Sulz, Die Büchereischule der Stadt Essen 1921-1933. In: Ziele und Wege bibliothekarischer Bildung : Festgabe zum 65. Geburtstag von Johannes Langfeldt. Köln 1958, S.13-16.

Prüfung und Beförderung der Anwärter für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und für den Dienst an Volksbüchereien und verwandten Instituten" erhalten, der zum Ziel hatte, für Köln eine eigene Ausbildung des mittleren Dienstes einzurichten, die der preußischen Prüfungsordnung von 1909 gleichwertig sein sollte. Die beiden Erlasse von 1909 und 1916 waren Prüfungs-, keine Ausbildungsordnungen. Hätte man darin den Besuch von Bibliotheksschulen vorgeschrieben, hätte der Staat Preußen oder die Kommunen sie einrichten müssen.

Zu einem ersten Kontakt der Kölner Volksbüchereien mit Walter Hofmann kam es im Juni 1911, als Franz Haack, anfangs nebenamtlicher, von 1914 bis 1920 hauptamtlicher Leiter der Kölner Volksbücherein und Lesehallen, bei seiner Bibliotheksreise auch die Bibliothek in Dresden-Plauen besuchte, die, wie er in dem Urlaubsgesuch schrieb, "einen neuen Ausleihbetrieb" hat<sup>8</sup>. Von dieser Reise zurückgekehrt, veranlaßte er die damalige Praktikantin Anna Malsbenden, nach ihrer theoretischen Ausbildung in Berlin (bei Arthur Wolfstiegs Berliner Bibliothekarinnen-Schule) die Büchereiarbeit in Dresden-Plauen kennenzulernen, 1912 übertrug er ihr die Leitung der von Kommerzienrat Max Charlier gestifteten Bücherei, die ganz nach den Vorstellungen Walter Hofmanns eingerichtet wurde, die erste Kölner Bücherei, in der die Ausleihe mit dem Buchkartenapparat eingeführt worden ist<sup>9</sup>. Eine weitere Kölner Bibliothekarin (Luise Gonski) nahm an den Lehrveranstaltungen der Leipziger Fachschule teil und legte 1916 dort ihr Examen ab. Im Herbst 1915 hielt Elise Hofmann-Bosse einen vierzehntägigen Kurs für die Kölner Volksbibliothekarinnen ab, um sie "auf die Methoden der Leipziger Büchereiarbeit" umzuschulen<sup>10</sup>.

---

<sup>7</sup>Zu Adolf Keysser s. Rudolf Jung, Adolf Keysser, Direktor der Stadtbibliothek Köln 1880-1915, eine Annäherung über seine Publikationen. In: De officio bibliothecarii : Hans Limburg zum 65. Geburtstag gewidmet. Köln 1998, S.232-260.

<sup>8</sup>B.Robenek, Geschichte...(Anm.6) S.16.

<sup>9</sup>Diese Bücherei ist am 23.1.1915 als Volksbücherei XI (Stiftung Charlier) in Köln-Deutz eröffnet worden. In ihrem Gebäude war von 1931 bis 1942 die Westdeutsche Volksbüchereischule untergebracht. Zur Bücherei: Franz Haack, Eine neue Volksbibliothek in Köln. In: Blätter für Volksbibliotheken und Lesehallen 16 (1915) S.50-51.

Beim "Kölner Volksbildungstag" (1.-5.3.1920)<sup>11</sup>, bei dem u.a. Robert von Erdberg und Walter Hofmann (dieser mit zwei Vorträgen: "Buch und Volk" und "Die öffentliche Bücherei im Dienste der Volksbildung") sprachen, ist es wohl zu einer persönlichen Begegnung zwischen Rudolf Reuter und Walter Hofmann gekommen. Rudolf Reuter schied aus dem Schuldienst aus und wurde am 1.3.1921 als Fachreferent für Schöne Literatur und Geisteswissenschaften mit dem Titel "Stadtbibliothekar" bei den Kölner Völksbüchereien eingestellt; am 1.8.1924 wurde er zum Direktor ernannt.<sup>12</sup>

Trotz der engen Verbindung der Kölner Völksbüchereien (die drei 1921 eingestellten Fachreferenten, Hanna Meuter, Rudolf Reuter und Paul Therstappen, mußten in ihrer Probezeit ein Praktikum bei den Leipziger Bücherhallen absolvieren), war an eine direkte Übernahme der Leipziger Ausbildung nicht gedacht. 1922 begann die interne theoretische Ausbildung für den eigenen Nachwuchs, 1924 erließ der Oberbürgermeister eine eigene Kölner Prüfungsordnung, die sich die sächsische Prüfungsordnung von 1917 zum Vorbild genommen hatte<sup>13</sup>. Für die Praktikantinnen wurde der Besuch eines längeren Kurses an der Leipziger Volksbüchereischule zur Pflicht gemacht, wer das Berliner Examen abgelegt hatte (und dabei die Ladewig-Kurse, die freilich seit 1923 nicht mehr existierten, besucht hatte), mußte zusätzlich die Kölner Prüfung ablegen, d.h. auch den Kurs in Leipzig besuchen! Von 1922 bis 1927 wurden auf diese Weise 10 Bibliothekarinnen ausgebildet<sup>14</sup>.

Aus dem Jahr 1926 oder 1927 stammt die Denkschrift "Beruf und Ausbildung des Volksbibliothekars. Denkschrift zur Umgestaltung der Kölner Fachschule" von Rudolf

---

<sup>10</sup>M. Steinhoff, Rudolf Reuter... (Anm.1) S.161. - Zu den Folgen dieser Umschulung hinsichtlich des Bestandes vgl. B. Robenek, Geschichte... (Anm.6) S.49f.

<sup>11</sup>M. Steinhoff, Rudolf Reuter...(Anm.1) S. 161 nennt das Jahr 1919. Dies muß jedoch auf einem Irrtum beruhen, vgl. B. Robenek, Geschichte... (Anm.6) S.55 u. Anm.273.

<sup>12</sup>B. Robenek, Geschichte... (Anm.6) S.35.

<sup>13</sup>Ordnung für die Fachprüfung der Anwärterinnen der städtischen Volksbüchereien vom 24.1.1924. Dazu: B. Robenek, Geschichte...(Anm.6) S.60.



Reuter<sup>15</sup>. Diese Denkschrift ist wohl im Zusammenhang mit der Jahresversammlung der "Preußischen Volksbücherei-Vereinigung" zu sehen, deren Erster Vorsitzender Rudolf Reuter war, und die sich 1926 "Beruf und Ausbildung des Volksbibliothekars" als Thema gewählt hatte. Da der Vorstand beauftragt worden war, u.a. die "Regelung einer spezifisch volksbibliothekarischen schulmäßigen Ausbildung" bei den maßgebenden Stellen zur Geltung zu bringen<sup>16</sup>, lag es nahe, die Kölner Fachschule in die Debatte einzubringen, um darzulegen, daß für eine preußische Büchereischule bereits ein Grundstock vorhanden war. So wird in der Denkschrift auch die Nähe zur Leipziger Büchereischule betont, z.B. in Passagen wie: "Der Volksbibliothekar muß ein lebendiges Gefühl haben für die Schicksale der verschiedenen sozialen Schichten des Volkes, ... er muß aufgeschlossen sein für die kulturellen und geistigen Strömungen der Zeit und wissen, welche Aufgaben sich für ihn daraus ergeben". Die preußische Prüfungsordnung wird abgefertigt mit der Bemerkung, sie beschränke sich "auf das Bibliothekstechnische und Bibliographische". Schließlich werden die Forderungen der Jahresversammlung zitiert. Die Städte im Rheinland, die für ihren eigenen Bedarf ausbilden, werden genannt: Köln, Düsseldorf und Essen. Ausführlich wird die Kölner Ausbildung dargestellt; über die Essener Büchereischule fällt kein Wort, wurde sie doch von Eugen Sulz, dem zeitweiligen Wortführer des anderen Lagers im "Richtungsstreit" begründet, auch die Berliner Bibliothekskurse, im April 1925 an der Stadtbibliothek Berlin neu begründet, werden mit keinem Wort erwähnt. Das Fazit aus den Vorzügen und (derzeitigen) Mängeln der Kölner Fachschule lautet: "... erscheint es unbedingt erforderlich, die Kölner Fachschule auszubauen zu einer öffentlichen Fachschule mit staatlich anerkannter Prüfung". Diese Prüfung sollte natürlich die Prüfung in Leipzig sein, bzw. sich an ihr orientieren. Der letzte Satz in Maria Steinhoffs Zusammenfassung der Denkschrift "Juristischer Träger der Schule sollte die Preußische Volksbücherei-Ver-

---

<sup>14</sup>Näheres zu dieser Ausbildung (Vorbildung, Dauer, Unterricht, Lehrkräfte) bei M.Steinhoff, Rudolf Reuter... (Anm.1) S.162. Die Angaben stammen teils wörtlich aus der "Denkschrift" Rudolf Reuters.

<sup>15</sup>Eine Kopie dieser Denkschrift hatte M. Steinhoff dem Typoskript (Anm.1) beigefügt, jedoch fehlt die darin zitierte Prüfungsordnung von 1924.

<sup>16</sup>Bericht über die Jahresversammlung der Preußischen Volksbücherei-Vereinigung 1926 in Goslar. In: Hefte für Büchereiwesen 11 (1927) S.130-133, Zitat S.132; der Beschluß S.132-133.

einigung sein"<sup>17</sup> nimmt die spätere Entwicklung vorweg, in der Denkschrift selbst hatte Rudolf Reuter als Träger noch die Stadt Köln vorgesehen.

## **b) Gründung und Entwicklung**

Mit gleichlautenden Schreiben vom 18.3.1927 wandte sich Rudolf Reuter in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Preußischen Volksbücherei-Vereinigung an den Oberbürgermeister der Stadt Köln und an das Bezirksamt von Berlin-Neukölln<sup>18</sup> und schlug vor, in Preußen zwei volksbibliothekarische Ausbildungsstätten zu errichten, eine in Köln, die andere in Berlin-Neukölln. Als Namen wurden vorgeschlagen: "Westdeutsche Volksbüchereischule Köln" und "Preußische Volksbüchereischule Berlin-Neukölln". In einer vertraulichen Notiz "Merkmale betreffend die Denkschrift der Preußischen Volksbücherei-Vereinigung in Sachen Ausbildungsstätten"<sup>19</sup> sollte die Berliner Büchereischule "Nordostdeutsche Volksbüchereischule Berlin" heißen, in Klammern war jedoch "evtl. Preußische Volksbüchereischule Berlin-Neukölln" eingefügt worden. Der Oberbürgermeister bzw. das Bezirksamt wurden gebeten, geeignete Räume zur Verfügung zu stellen, für die anfallenden Sachkosten aufzukommen, den Mitarbeitern der Volksbüchereien die Übernahme von Unterrichtsaufträgen zu erlauben, und schließlich, dem Direktor der Städtischen Volksbüchereien Köln bzw. der Leiterin der Volksbüchereien Neukölln (Helene Nathan) die Übernahme der Schulleitung zu gestatten.

---

<sup>17</sup>M. Steinhoff, Rudolf Reuter...(Anm.1) S.163.

<sup>18</sup>Kopien der beiden Schreiben befinden sich in: Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen (Stuttgart), Walter-Hofmann-Archiv G II f (Kassette 50, Mappe 4). Ich danke Herrn Prof. Dr. Vodosek, daß er mir diese Unterlagen zugänglich gemacht hat.

<sup>19</sup>Im Nachlaß Walter Hofmann, vgl. Anm. 18.

Ein entsprechendes Schreiben richtete Rudolf Reuter am 14.4.1927 an das Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung in Berlin und erbat die Unterstützung bei der Errichtung der beiden Büchereischulen. Maria Steinhoff referiert in ihrem Beitrag zur Reuter-Festschrift die darin genannten Gründe für die Errichtung einer Büchereischule in Köln: die "kulturelle Bedeutung als Metropole des westdeutschen Kulturgebiets", die zentrale Lage der Stadt, das Vorhandensein unterschiedlicher Bibliothekstypen, schließlich die "Tatsache, daß die Stadt Köln auf dem Gebiet des Volksbüchereiwesens verhältnismäßig weit fortgeschritten ist", sowie die seit 1922 bestehende Fachschule.<sup>20</sup>

Am 21.4.1927 teilte Johann Meerfeld, Kölner Dezernent für Kultur und Volksbildung, Rudolf Reuter mit, er gebe, "vorbehaltlich der mit den Trägern der Schule zu treffenden Vereinbarungen" grundsätzlich seine Zustimmung, "jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß durch die Errichtung der Schule der Stadt Köln keine größeren Unkosten erwachsen, als wie sie jetzt für die Ausbildung der Anwärterinnen... aufwenden muß". Das Bezirksamt Berlin-Neukölln hatte bereits am 14.4.1927 seinen Beschluß mitgeteilt, sich an der Errichtung der Büchereischule zu beteiligen<sup>21</sup>. Eine Büchereischule Berlin-Neukölln kam dann jedoch nicht zustande.

Der in den beiden genannten Schreiben vorgesehene Unterrichtsbeginn am 1.10.1927 mußte verschoben werden, da die Einigung der drei Unterhaltsträger (Deutsche Zentralstelle für Volkstümliches Büchereiwesen, Preußische Volksbücherei-Vereinigung und Stadt Köln) sich wohl schwieriger erwies als erwartet.

Die neue Büchereischule, die in ihrem Namen die Nähe zur Leipziger Einrichtung betonte, verstand sich stets als "Tochterschule" der deutschen Volksbüchereischule Leipzig. Als Gründe für ihre Errichtung wurden später die große Zahl der Bewerber in Leipzig genannt, der Anspruch des "volksbibliothekarisch regen Westens... auf eine

---

<sup>20</sup>M. Steinhoff, Rudolf Reuter... (Anm.1) S.164.

<sup>21</sup>Die Antwort des Kölner Dezernenten und die des Bezirksamts Berlin-Neukölln sind in Abschrift dem Typoskript von M. Steinhoff (Anm.1) beigelegt.

eigene Volksbibliothekarsschule"<sup>22</sup> und die "Bedeutsamkeit der landschaftlichen Verschiedenheit für die volksbibliothekarische Arbeit"<sup>23</sup>. In ihrem Referat bei der Jahresversammlung der Preußischen Volksbücherei-Vereinigung 1928 in Münster hatte Maria Steinhoff als weiteren Grund genannt, in Preußen eine Ausbildungsstätte zu haben, in der "die so oft verlangte Trennung zwischen der Ausbildung für den Dienst an volkstümlichen Büchereien und an wissenschaftlichen Bibliotheken durchgeführt" wird<sup>24</sup>. Dieser Grund ist 1930 mit Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnung dann entfallen und in dem Rückblick 1938 auch nicht mehr enthalten.

Bei der feierlichen Eröffnung am 15.5.1928 sprachen Robert von Erdberg als Vertreter des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Regierungspräsident Elfges, und der Kölner Dezernent für Kunst und Volksbildung, Johann Meerfeld. Den Festvortrag hielt Walter Hofmann: "Die Bedeutung der volksbibliothekarischen Berufsarbeit innerhalb der Erwachsenenbildung"<sup>25</sup>. Mit dieser Eröffnungsfeier war die Gründungsphase beendet.

Am Tag nach der Eröffnung begann der Unterricht für den ersten Lehrgang, ihm gehörten 13 Frauen und ein Mann<sup>26</sup> an. Der Lehrplan<sup>27</sup> war an dem der Leipziger Büche-

---

<sup>22</sup>M. Steinhoff, Die Westdeutsche Volksbüchereischule. In: Hefte für Büchereiwesen 13 (1929) S.197-201, Zitat S.197

<sup>23</sup>So M.Steinhoff in ihrem Beitrag zum 10jährigen Bestehen der Büchereischule: Die Westdeutsche Volksbüchereischule 1928-1938. In: Die Bücherei 5 (1938) S.526-529, Zitat S.526 ; hier auch der Begriff "Tochterschule". Von der Tochterschule spricht noch 1951 R.Reuter im Nachwort zu den von ihm herausgegebenen Schriften Walter Hofmanns, Buch und Volk, Köln 1951, S.424 (Vgl. Anm. 44).

<sup>24</sup>M. Steinhoff, Die Westdeutsche Volksbüchereischule (Anm. 22) S.197. Zuletzt war diese Forderung vehement bei der Jahresversammlung der Preußischen Volksbücherei-Vereinigung 1926 erhoben worden (Anm. 16) S. 133. - Von hier aus wird deutlich, wie radikal die Westdeutsche Büchereischule bei ihrer Eröffnung 1928 mit der Vergangenheit gebrochen hat; vgl. u.Kap. III

<sup>25</sup>M. Steinhoff, Westdeutsche Volksbüchereischule. In: Hefte für Büchereiwesen 12 (1928) S.169-171, Zitat S. 169f. Eine Kurzfassung (ohne Namenszeichen) in: Westdeutsche Blätter für Büchereiberatung 1 (1927/28) H.3 (Juni 1928) S. 56-57.

<sup>26</sup>Der erste männliche Absolvent war Josef Caspar Witsch, der nachmalige Leiter der Volksbücherei und der Beratungsstelle in Jena, nach dem Kriege Gründer des Kölner Verlages Kiepenheuer & Witsch.

<sup>27</sup>Zum folgenden vgl. M.Steinhoff, Die Westdeutsche Volksbüchereischule (Anm. 22) S.199-201.

reischule ausgerichtet, "ohne jedoch dessen Kopie zu sein", wie ausdrücklich betont wurde. Der Lehrstoff gliederte sich in drei große Gebiete: 1. Volksbücherei- und Volksbildungskunde, 2. Buch- und Bücherkunde, 3. Leser- und Bevölkerungskunde. Das theoretische Jahr war in Trimester eingeteilt, wöchentlich wurden durchschnittlich 18 bis 20 Stunden Unterricht erteilt. Zu den Vorlesungen und Seminaren kamen ergänzend Besichtigungen, praktische Arbeiten in der Modellbücherei und der Besuch von Universitätsvorlesungen hinzu. Die Ausbildung dauerte insgesamt zwei Jahre, ein Jahr theoretische, ein Jahr praktische Ausbildung (in dieser Reihenfolge). Die Gesamtausbildung galt jedoch erst nach der zweijährigen Probezeit als abgeschlossen. Die Büchereischule war bis 1931 keine Einrichtung des Staates Preußen, daher orientierte man sich auch nicht an der Prüfungsordnung von 1916, sondern an der sächsischen Prüfungsordnung von 1917, zumal die Deutsche Zentralstelle in Leipzig einer der Träger der Schule war. Die Studierenden der ersten drei Lehrgänge fuhren in den beiden letzten Monaten ihrer theoretischen Ausbildung nach Leipzig und nahmen an dem dortigen Unterricht teil, am Ende der praktischen Ausbildung legten sie auch dort das Examen ab. Von 1930 bis 1934 haben 48 Kölner Studierende das sächsische Diplomexamen bestanden.<sup>28</sup>

Bereits am 15. April 1928 war Maria Steinhoff als Studienleiterin der neuen Büchereischule berufen worden, mit der Verpflichtung, einen Teil des Unterrichts zu übernehmen, dazu die Verwaltung und Geschäftsführung<sup>29</sup>. Bis 1936 war sie die ein-

---

<sup>28</sup>M. Steinhoff, Die Westdeutsche Volksbüchereischule 1928-1938 (Anm. 23) S. 527.

<sup>29</sup>Maria Steinhoff wurde am 30.3.1898 in Metz geboren, nach Schulbesuch in Köln begann sie im Sommersemester 1919 mit dem Studium von Französisch und Geographie in Bonn, wechselte aber 1920 zur neugegründeten Universität Köln und studierte Volkswirtschaft, Soziologie (u.a. bei Leopold von Wiese) und Philosophie (u.a. bei Max Scheler). Nach ihrer Promotion (mit der Dissertation "Die Form als soziologische Grundkategorie bei Georg Simmel. Ihre Bedeutung für Begründung und Aufbau der Soziologie als selbständige Einzelwissenschaft", veröffentlicht in den Kölner Vierteljahresheften für Soziologie, Jg.4,1925) im Jahre 1925 begann sie ein Volontariat an den Kölner Völksbücherein, das Fachexamen legte sie im März 1928 in Leipzig ab. Von 1928 bis 1944 war sie Studienleiterin der Westdeutschen Volksbüchereischule. Am 27.4.1945 wurde sie in die neuentstandenen Volksbüchereien der Stadt Köln übernommen, von wo sie zum 1.4.1949 zum Bibliothekar-Lehrinstitut wechselte. Hier war sie bis zu ihrer Pensionierung am 31.12.1963 als Oberstudienrätin Stellvertreterin des Direktors. Maria Steinhoff ist am 17.12.1977 in Köln gestorben. - Ein Verzeichnis ihrer Veröffentlichungen findet sich in: Rudolf Jung, Sechzig Jahre bibliothekarische Ausbildung in Köln, Köln 1989, S.346-348. Vgl. auch die

zige hauptamtliche Lehrkraft, dann trat Elisabeth Greulsberg hinzu, Teilnehmerin des Lehrgangs 1929/31. Seit 1928 unterrichteten nebenamtlich Rudolf Reuter, Rudolf Angermann (Hagen), später Bernhard Rang und Karl Gladen (beide Köln), dazu die Kölner Diplombibliothekarinnen Luise Gonski, Hedwig Wagener und Käthe Frings, gastweise kamen Walter Rumpf (Bochum), Joseph Peters (Düsseldorf) und Carl Jansen (Essen) hinzu. Direktor der Büchereischule war der Direktor der Kölner Volksbüchereien und Lesehallen.

Die Westdeutsche Volksbüchereischule war nach ihrer Gründung in einem ehemaligen Schulgebäude (Andreaskloster 5) untergebracht, wo sich zu dieser Zeit auch die Direktion der Volksbücherein befand, ein Jahr später zog die Büchereischule nach Köln-Deutz, der Zeitschriftenlesesaal der Volksbücherei XII (Stiftung Vorster) wurde Unterrichtsraum, zwei Jahre danach fand die Büchereischule ihren vorerst endgültigen Platz in der Volksbücherei XI (Stiftung Charlier) in Köln-Deutz, Ferdinandstr. 24<sup>30</sup>. Der Erwachsenenlesesaal wurde Unterrichtsraum, die Bücherei selbst Modellbücherei der Schule. Als Modell konnte diese ja gerade deshalb dienen, da sie von Anbeginn an nach den Vorstellungen Walter Hofmanns eingerichtet worden war (s.o.). In diesem Gebäude blieb die Büchereischule bis zum 31. 5.1942, als das Haus bei einem Bombenangriff zerstört wurde<sup>31</sup>.

Die Preußische Bibliotheksprüfungsordnung vom 24.9.1930<sup>32</sup> brachte auch für die Büchereischule einschneidende Änderungen. Die neue Ordnung ging zwar noch von einer gemeinsamen Ausbildung für den Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und an Volksbücherein aus, bestimmte eine einjährige praktische Ausbildung an einem der

---

beiden Berichte über die Verabschiedung in den Ruhestand: Bücherei und Bildung 16 (1964) S.177-178; Mitteilungsblatt NRW. N.F. 14 (1964) S.106-107.

<sup>30</sup>Die unterschiedlichen Angaben zur Adresse der Büchereischule in den Berichten M. Steinhoffs und im Jahrbuch (bzw. Handbuch) der deutschen Volksbüchereien sind daraus zu erklären, daß im Jahrbuch stets die offizielle Adresse, die der Kölner Volksbüchereien und Lesehallen, angegeben ist.

<sup>31</sup>Alle Angaben nach M. Steinhoff, Rudolf Reuter... (Anm. 1) S.165.

<sup>32</sup>Abgedruckt in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 47 (1930) S.642-649. Dazu: M. Steinhoff, Die neue Preußische Prüfungsordnung für das Büchereiwesen. In: Hefte für Büchereiwesen 15 (1931) S.310-313.

beiden Bibliothekstypen und ein halbjähriges Praktikum an dem jeweils anderen Typ. Erstmals wurde der Besuch einer staatlich anerkannten Bibliotheksschule vorgeschrieben. Der staatliche Prüfungsausschuß bestand aus zwei Abteilungen, eine für den mittleren Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken, eine für den Dienst an (wie es jetzt hieß) volkstümlichen Büchereien; jede Abteilung hielt ihre Prüfungen getrennt ab. Nach einer kurzen Übergangszeit legten die Kölner Studierenden (bis 1938) ihr Examen in Berlin ab. Rudolf Reuter und Maria Steinhoff, die zuvor dem Leipziger Prüfungsausschuß angehört hatten, wurden nun in den neuen Berliner Prüfungsausschuß berufen. Die neue Prüfungsordnung verlängerte die Ausbildung auf drei Jahre, dies bedingte eine andere Abfolge der theoretischen und praktischen Ausbildungsteile. Ab Lehrgang 1934/37 folgten auf zwei Semester theoretische Ausbildung drei Semester Praktikum, danach das letzte Semester an der Büchereischule mit abschließendem Examen.

Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnung wurde die Westdeutsche Volksbüchereischule am 31.3.1931 als staatliche Büchereischule anerkannt<sup>33</sup>. Zehn Jahre nach ihrer Gründung erfolgte eine weitere Anerkennung ihrer Arbeit, sie erhielt das Recht, einen eigenen Prüfungsausschuß zu bilden und die Prüfungen selbst abzunehmen. Vom 22.6. bis 1.7.1938 fand unter dem Vorsitz des Leiters der "Reichsstelle für das Volkstümliche Büchereiwesen", Fritz Heiligenstaedt, die erste Diplomprüfung in Köln statt. Zwei Tage darauf wurde, wiederum im Hansasaal des Rathauses, das zehnjährige Bestehen der Büchereischule gefeiert. Zum Jubiläum gab die Büchereischule eine kleine Schrift heraus "Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928 - 1938. Gedenkblätter". Sie enthält die Festansprache von Fritz Heiligenstaedt "Von der Würde des volksbibliothekarischen Berufes", die Übersicht "Die Berufsausbildung des Volksbibliothekars in Deutschland" von Rudolf Reuter, den Jubiläumsartikel von Maria Steinhoff "Die Westdeutsche Volksbüchereischule 1928-1938", der zuvor in der Zeitschrift "Die Bücherei" erschienen war, und zwei Berichte über die Zehnjahrfeier von Bernhard Rang und Käthe Frings. Der im nachhinein

---

<sup>33</sup>Der Erlaß selbst ist nicht erhalten, nur die darauf beruhende Notiz in: Hefte für Büchereiwesen 15 (1931) S. 110.

wichtigere Teil war der Anhang "Listen der Schülerinnen und Schüler nach den einzelnen Lehrgängen", in dem man zahlreichen nachmals bekannten Kolleginnen und Kollegen begegnet, so den späteren hauptamtlichen Dozenten des Bibliothekar-Lehrinstituts (Köln) Elisabeth Greulsberg und Willi Overwien, späteren Direktorinnen und Direktoren Öffentlicher Bibliotheken wie Bernhard Schlagheck (Aachen), Walter Rumpf (Bochum), Maria Greß (Heidelberg), Willi Wendling (Mannheim), Wilhelm Hoppe (Hagen), Gustav Sichelschmidt (Berlin) und Josef Caspar Witsch (Jena).

### **c) Zweiter Weltkrieg und Schließung der Büchereischule 1944**

Ein Jahr nach der Zehnjahrfeier brach der Zweite Weltkrieg aus. Rudolf Reuter wurde Ende August einberufen, er blieb es mit kurzen Urlaubsunterbrechungen bis 1944. Dieser Tatsache haben wir es zu verdanken, daß wir über die Alltagsprobleme der Büchereischule in dieser Zeit recht gut unterrichtet sind. Im Nachlaß Rudolf Reuters haben sich 26 Schreiben von Maria Steinhoff erhalten, in denen sie den abwesenden Direktor von Erlassen, Anfragen und ihren Antworten in Kenntnis setzt, gelegentlich sind Erlasse in Abschrift beigelegt oder Briefe, die an Reuter persönlich gerichtet waren<sup>34</sup>. So mußte Maria Steinhoff dem Vorsitzenden des Staatlichen Prüfungsamtes für das Volksbüchereiwesen, Heinz Dähnhardt, am 11.9.1939 mitteilen, daß die Kölner Volksbüchereien, die stets im August geschlossen wurden, nach Kriegsbeginn geschlossen blieben, und daß die Praktikantinnen zur Zeit beim Wohlfahrtsamt arbeiten. Sie betonte, sie selbst und Elisabeth Greulsberg könnten den Unterricht fortführen, "falls sich der Krieg in die Länge zieht". Die ersten größeren Probleme ergaben sich im Oktober 1939. Der vom Staatlichen Prüfungsamt festgesetzte Unterrichtsbeginn war der 23. Oktober; am 5. Oktober teilte Dähnhardt per Einschreiben und mit dem Vermerk "Geheim. Nur zur Kenntnisnahme des Schulleiters persönlich" mit, daß die Anwärterinnen, die sich beim Arbeitsdienst befanden, nicht rechtzeitig zu Unterrichtsbeginn entlassen werden könnten. Da die Büchereischule sich weitgehend

---

<sup>34</sup>Hist. Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Rudolf Reuter, Akten 145.



selbst tragen mußte, d.h. die Sekretärin und die zweite Lehrkraft wurden aus den "Schulgeldern" bezahlt, führte der verspätete Unterrichtsbeginn vorübergehend zu finanziellen Problemen.

Das Staatliche Prüfungsamt, später Reichsprüfungsamt für das Büchereiwesen, zog zunehmend alle Entscheidungen an sich. Nicht nur die Zuweisung der Schülerinnen (jetzt Anwärterinnen genannt) erfolgte, wie zuvor schon, von dort aus, auch die Festlegung des Unterrichtsbeginns, die Dauer der Zwischenkurse, die durch die 1938 erfolgte Verkürzung der Ausbildung auf zwei Jahre nötig geworden war, und seit 1943 die Frage einer Verlegung der Büchereischule bzw. die Zuweisung der Anwärterinnen an die noch offene Schule in Leipzig. So teilte das Reichsprüfungsamt am 28.7.1943 Rudolf Reuter mit, daß vom 15.8. bis 15.9. ein Lehrgang stattfinden solle, der auf die Prüfung vorbereitet. Vorgeschlagen wurde, diesen Lehrgang in den Räumen der Büchereischule Stuttgart abzuhalten, da diese wegen der Ferien leer stünden. Eine telegraphische Antwort wurde bis zum 6. August erwartet. Zu einem Kurs in Stuttgart ist es dann jedoch nicht gekommen.

Nach der Zerstörung des Gebäudes in Köln-Deutz am 31. Mai 1942 zog die Büchereischule mehrmals um, zuerst in die Volksbücherei I (An der Rechtsschule 8), später in die Räume verschiedener Volks- und Mittelschulen. 1943 scheint das Reichsprüfungsamt eine Verlagerung der Büchereischule nach Straßburg geplant zu haben. Dem Typoskript von Maria Steinhoff ist ein an sie adressierter Brief vom 9.9.1943 aus Straßburg beigelegt, der die Räume der dortigen Verwaltungsakademie beschreibt und den Umzug dringend empfiehlt. Am 12.8.1944 teilte das Reichsprüfungsamt offiziell mit, daß die Büchereischulen nach den Herbstprüfungen "stillgelegt" werden. Nach Schließung der Schulen sollen die Schülerinnen, die sich gerade im Praktikum befinden, dort verbleiben. In einem halb-offiziellen Schreiben vom 31.8.1944 an Rudolf Reuter berichtet Heinz Dähnhardt weitere Einzelheiten: vom Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz sei die Schließung aller Büchereischulen verlangt worden, er, Dähnhardt, habe mit großer Mühe erreicht ("die Angelegenheit wurde von Dr. Goebbels persönlich entschieden"), daß die Büchereischule der Reichsmessestadt Leipzig erst Ostern 1945 geschlossen werde, eine

Offenhaltung von zwei Schulen sei nicht zu erreichen gewesen. "So blieb nur übrig, daß das letzte Kölner Fachsemester nach Leipzig übersiedelt."<sup>35</sup> Diese Ankündigung ist dann Gegenstand des Erlasses vom 2. 10. 1944, in dem die Schließung der Büchereischulen Berlin, Köln und Stuttgart verfügt wurde<sup>36</sup>. Am 17. 10. 1944 folgte die Anordnung, die Büchereischule Köln zu schließen. Der Erlaß lautet<sup>37</sup>:

Der Reichsminister für Wissenschaft      Berlin W, den 17.Oktober 1944  
Erziehung und Volksbildung  
V 1 Nr.2798/44

Betrifft: Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln.

In meinem Runderlaß vom 2. Oktober 1944 - V 1 Nr. 2569/44-, betreffend den totalen Kriegseinsatz, habe ich unter Zif.1 angeordnet, daß unter anderem auch die Büchereifachschule in Köln nach Durchführung der Abschlußprüfung Ende Oktober 1944 zu schließen sei. Ich bitte, die zur Schließung der Schule (1.11.1944) erforderlichen Maßnahmen umgehend zu treffen. An Personal waren nach dem Haushaltsplan der Westdeutschen Volksbüchereischule für 1944 vorhanden:

1. die Studienleiterin Dr. Steinhoff,
2. die Dozentin Fräulein Greulsberg,
3. eine Sekretärin.

Die zu 2. und 3. aufgeführten Kräfte sind der Rüstung zur Verfügung zu stellen, während ich eine Beschäftigung der Studienleiterin Steinhoff im Städtischen Büchereidienst begrüßen würde, da diese praktische Tätigkeit ihrer späteren Arbeit als Studienleiterin nur förderlich sein kann.

---

<sup>35</sup>Hist Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Rudolf Reuter, Akten 145

<sup>36</sup>Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Berlin, den 2. Oktober 1944, V 1 Nr.2569/44. Betr. Totalen Kriegseinsatz; hier: Volksbüchereiwesen. Das Original des Erlasses ist dem Typoskript (Anm. 1) von M.Steinhoff beigefügt.

<sup>37</sup>Das Original des Erlasses ist ebenfalls dem Typoskript von M. Steinhoff beigefügt

Mit Erlaß vom 23. Juni 1944 -V 1 Nr.1330/44- habe ich der Westdeutschen Volksbüchereischule zu den persönlichen und sächlichen Kosten eine Staatsbeihilfe in Höhe von 9.700 RM für 1944 zur Verfügung gestellt. Es ergibt sich für mich nun die Frage, in welcher Höhe die gewährte Staatsbeihilfe im Hinblick auf die Schließung der Schule wieder zurückzuziehen sein wird. Ich bitte daher um Mitteilung über die Höhe

- a) der Isteinnahmen und Istaugaben der Schule für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Oktober 1944, getrennt nach den Positionen des Haushaltsplanes,
- b) der in der Zeit vom 1. November 1944 bis zum 31. März 1945 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, ebenfalls getrennt nach den Positionen des Haushaltsplanes und
- c) der bereits in Anspruch genommenen Staatsbeihilfe. Über die von Ihnen auf Grund dieses Erlasses getroffenen Maßnahmen bitte ich mir bis zum 15. November 1944 zu berichten.

Gerichtet war der Erlaß an den Regierungspräsidenten. Auf der Rückseite des Erlasses befindet sich der handschriftliche Entwurf der entsprechenden Verfügung an die Büchereischule. Zu einem eigenen Schreiben an die Büchereischule scheint es jedoch nicht mehr gekommen zu sein, denn aus dem Besitz von Maria Steinhoff hat sich das Originalschreiben an den Regierungspräsidenten erhalten.

Im November 1944 entwickelte Heinz Dähnhardt in einem längeren Brief an Rudolf Reuter ausführliche "Richtlinien für die Ausbildung der in ihrem zweiten Ausbildungsjahr in Ausbildungsbüchereien stehenden Anwärterinnen für den Dienst an volkstümlichen Büchereien und für die Ordnung der Staatlichen Abschlußprüfung Herbst 1945"<sup>38</sup>. Ausführlich wird das 2.Ausbildungsjahr beschrieben, der Gang der Prüfung und die Pflichtlektüre. Als Dähnhardt diese weitreichenden Pläne darlegte, hatte die Westdeutsche Volksbüchereischule ihre Tätigkeit bereits eingestellt.

---

<sup>38</sup>Original im Typoskript (Anm.1) von M. Steinhoff.

Wie 1928 der erste Lehrgang, so nahm sechzehn Jahre später, jetzt freilich kriegsbedingt, auch der letzte Lehrgang am Unterricht der Deutschen Volksbüchereischule in Leipzig teil. Mehrere Schülerinnen haben so im Oktober 1944 ihre Ausbildung in Leipzig fortgesetzt, dort jedoch keine Prüfung abgelegt, im Januar/Februar 1945 sind sie in ihre Heimatstädte zurückgekehrt, bevor Leipzig von den amerikanischen Truppen eingenommen wurde<sup>39</sup>. Sie und die Anwärterinnen, die bei Kriegsende noch im Praktikum waren, haben ihre Ausbildung 1946 und 1947 an der Westdeutschen Büchereischule in Köln beendet.

Von 1928 bis 1944 sind insgesamt 368 Bibliothekarinnen und 61 Bibliothekare an der Westdeutschen Volksbüchereischule ausgebildet worden<sup>40</sup>.

Einen letzten Nachklang der Verbindung zu Walter Hofmann gab es 1949 in der Gründungsphase des Bibliothekar-Lehrinstituts. Das im März desselben Jahres errichtete "Institut für Buch- und Bibliothekswesen an der Universität zu Köln" sollte sich nach einem Vorschlag des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Robert Görlinger mit dem Werk Walter Hofmanns befassen und ihn mit der Bibliothek der Leipziger Schule für Köln gewinnen<sup>41</sup>. Als sich das Institut wegen mangelnder Finanzierung als nicht lebensfähig erwies, schlug Görlinger bei den Besprechungen über die Gründung des Bibliothekar-Lehrinstituts vor, ein "Institut für Schrifttums- und Leserkunde" zu gründen, um die Mitarbeit Rudolf Reuters zu sichern. Aufgabe des dann 1950 gegründeten und als 4. Abteilung dem Bibliothekar-Lehrinstitut angegliederten Instituts, das seinen Namen bewußt aus Hofmanns Leipziger Institut bezog, war es, "in Weiterführung der Arbeiten des Leipziger Instituts für Leser- und Schrifttumskunde die Probleme der Entstehung, Verbreitung, Sammlung, Ordnung, Erschließung, Vermittlung und der Wirkung des Schrifttums zum Gegenstand der Forschung zu machen"<sup>42</sup>. Bereits 1951

---

<sup>39</sup>Vgl. dazu und zu den nachgeholtten Prüfungen u.Kap.III b

<sup>40</sup>Zahlen bei M. Steinhoff, Rudolf Reuter... (Anm. 1) S.168

<sup>41</sup>Wilma Klompen, Das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen von 1949 bis 1974. In: Bibliothekarische Ausbildung in Theorie und Praxis. Köln 1975, S.1-31; zu den beiden Instituten S.7, 15, Anm.16, 34, 66.

wurde diese Abteilung wieder aufgelöst und die Haushaltsmittel dem Bibliothekar-Lehrinstitut zur Herausgabe von Beiträgen zum Buch- und Bibliothekswesen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln begann die Publikationstätigkeit des Bibliothekar-Lehrinstituts<sup>43</sup>.

Als Zeugnis seiner lebenslangen Verbundenheit mit Walter Hofmann, auch als einziges Ergebnis der Arbeit des "Instituts für Schrifttums- und Leserkunde", darf man die 1951 erfolgte Veröffentlichung der gesammelten Reden und Aufsätze Hofmanns durch Rudolf Reuter sehen<sup>44</sup>. Als Elise Hofmann-Bosse im Dezember 1954 starb, haben Maria Steinhoff und Carl Jansen ihr einen Nachruf gewidmet<sup>45</sup>.

Die Kölner Büchereischule hat bei ihrer Wiedereröffnung als "Westdeutsche Büchereischule" 1946 zwar nahezu den alten Namen beibehalten, jedoch an die alte Verbindung zu Leipzig nicht angeknüpft. Spätestens mit der Errichtung des Bibliothekar-Lehrinstituts 1949 und der Einrichtung von Studiengängen für wissenschaftliche Bibliotheken und für öffentliche Büchereien wurde die Abkehr von der reinen Volksbüchereischule deutlich.

### **III. Die Westdeutsche Büchereischule 1946 bis 1949**

War die erste Phase der bibliothekarischen Ausbildung in Köln durch mancherlei schriftliche Zeugnisse und zufällig erhaltene Aktenstücke noch recht gut rekonstruierbar, so gilt dies für die zweite Phase, die Zeit von 1946 bis 1949, nicht in gleichem Maße. Dies hängt nicht zuletzt mit der unbefriedigenden Aktenlage zusammen; in einer Zeit, in der es auf die Initiative jedes einzelnen ankam und in der die heute zur Verfügung

---

<sup>42</sup>Mitteilungsblatt NRW. N.F. 1 (1950/51) S.15.

<sup>43</sup>Ludwig Sickmann, Die Publikationstätigkeit des Bibliothekar-Lehrinstituts bis Ende 1974. In: Bibliothekarische Ausbildung in Theorie und Praxis. Köln 1975, S.33-45.

<sup>44</sup>Walter Hofmann, Buch und Volk : gesammelte Aufsätze und Reden zur Buchpolitik und Volksbüchereifrage / hrsg. von Rudolf Reuter. Köln 1951. 432 S.

stehenden Kommunikationsmittel (Telefon und Briefverkehr) nicht reibungslos funktionierten, ist sehr viel in Gesprächen entschieden worden. In den Akten hat sich davon oft wenig niedergeschlagen, gelegentlich findet sich eine Einladung zu einer Sitzung, ein Protokoll darüber ist aber meist nicht angefertigt worden. Hinzu kommt, daß diese dreieinhalb Jahre von den damals Beteiligten im Nachhinein nur als Übergang angesehen wurden, als etwas Provisorisches und Halbfertiges, eben als "Prähistorie"<sup>46</sup> des 1949 gegründeten Bibliothekar-Lehrinstituts. Vielleicht bedarf es erst eines gewissen zeitlichen Abstandes, um auch diesen Abschnitt in seiner Besonderheit zu würdigen.

### **a) Neubeginn 1946 und nachgeholte Prüfungen**

Bei genauer Betrachtung der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt sich, daß das Datum "8. Mai 1945" nur sehr bedingt zur Kennzeichnung eines Neubeginns dienen kann. Die letzten Kriegshandlungen und die unmittelbar auf ihr Ende folgenden Wochen brachten zwar das öffentliche Leben zeitweise zum Erliegen, doch mit der Neuordnung der Kommunen mußte an die Zeit vor dem 8. Mai angeknüpft werden; dies galt auch für die bibliothekarische Ausbildung.

Am 1.1.1946 war Erika Landsberg<sup>47</sup> von der Stadt Köln mit der Wiedererrichtung der Büchereischule betraut worden.<sup>48</sup> In einem persönlichen Schreiben von Leo

---

<sup>45</sup>Carl Jansen u. Maria Steinhoff, Elise Hofmann-Bosse, 25. März 1880 - 12. Dezember 1954. In: *Bücherei und Bildung* 7 (1955) S. 1-4.

<sup>46</sup>Der einzige Beitrag über diese Zeit ist denn auch ein Rückblick: Erika Landsberg, Ein Stück "Prähistorie" des Bibliothekar-Lehrinstituts in Köln. In: *Bibliotheksarbeit heute: Festschrift für Werner Krieg*. Frankfurt am Main 1973, S.81-91.

<sup>47</sup>Erika Landsberg wurde am 10.10.1904 in Remscheid-Lennep geboren. Nach dem Abitur 1923 Angestellte einer Wohnungsbaugesellschaft, 1925/26 Praktikum an der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, nach 1926 Studium der Deutschen Philologie, Philosophie und Musikwissenschaft in Köln und Berlin, daneben Ausbildung zur Diplom-Bibliothekarin (Examen 1930 in Berlin), 1934 Promotion (Das Nachtmotiv in den philosophischen Lehrgedichten von Haller bis Herder) bei Ernst Bertram in Köln. Von Oktober 1934 bis Juni 1939 als politisch Verfolgte Aufenthalt in Kopenhagen, u.a. als Volontärin an den Öffentlichen Bibliotheken und Tätigkeit in einem Musikverlag, Rückkehr nach Remscheid und Tätigkeit als Sekretärin, von 1940 bis März 1945 Bibliothekarin in der Werkbücherei der Gutehoffnungshütte in

Schwering, 1945/46 Direktor der Volksbüchereien der Stadt Köln, vom 20.12.1945 an Erika Landsberg ist von der "Wiedererrichtung der Volksbüchereischule" die Rede, er bittet sie, bis zum 3.1.1946 (!) einen Studienplan aufzustellen und zu klären, "welche Fächer als Prüfungsfächer in Frage kommen"<sup>49</sup>. In einer Sitzung am 23.2.1946, wohl der ersten der neuen Büchereischule, wurden sämtliche Fragen behandelt, die einer sofortigen Lösung bedurften:

- "1. Merkblatt der Schule für die Ausbildung zum Dienst an Volksbüchereien,
2. Begleitendes Rundschreiben an die Ausbildungsbüchereien,
3. Einbau des Ausbildungszweiges für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken,
4. Besprechung der Prüfungskommission für die Übergangsprüfung,
5. Verkehr und Aussprache mit Hamburg"

Diese Tagesordnung<sup>50</sup> darf wohl als das Arbeitsprogramm für die nächsten Monate angesehen werden.

Die Büchereischule verfügte zu diesem Zeitpunkt über einen nebenamtlichen Direktor, Johannes Langfeldt übernahm dieses Amt mit seiner Ernennung zum Direktor der Volksbüchereien der Stadt Köln, eine Studienleiterin, Erika Landsberg, eine hauptamtliche Lehrkraft, Elisabeth Greulsberg, und eine Sekretärin. Das Sekretariat

---

Oberhausen. Studienleiterin der Westdeutschen Büchereischule 1946 bis 1949, nach Gründung des Bibliothekar-Lehrinstituts Ernennung zur Bibliotheksrätin und zuständig für den Ausbildungsgang für Öffentliche Büchereien und das Studentenwohnheim, 1967 Oberbibliotheksrätin, von 1968 bis zur Pensionierung 1970 Stellvertreterin des Direktors. Erika Landsberg ist am 4.6.1995 in Lennep gestorben. Ein Verzeichnis ihrer Veröffentlichungen findet sich bei: Rudolf Jung, Sechzig Jahre bibliothekarische Ausbildung in Köln, Köln 1989, S.264-265.

<sup>48</sup>E. Landsberg, Ein Stück "Pähistorie"... (Anm.46) S.82

<sup>49</sup>Postkarte von Leo Schwering an Erika Landsberg vom 20.12.1945; Kopie in meinem Besitz.

<sup>50</sup>Für die hier behandelte Zeit haben sich im Fachbereich Bibliotheks- und Informationswesen der Fachhochschule Köln zwei Aktenordner erhalten, einer mit "Westdeutsche Büchereischule", der andere mit "Kultusministerium 1947-1949" beschriftet. Bei dem erstgenannten Ordner handelt es sich offensichtlich um die Handakten von Hermann Corsten. Die Aktenstücke werden im folgenden als FH-

befand sich in einer Zweigstelle der Volksbücherei (Antwerpener Str. 27, dies war auch die offizielle Anschrift), Unterrichtsräume wurden im Hauptgebäude der Universität zur Verfügung gestellt.

Nach der Wiedererrichtung der Bibliotheksschulen fielen diesen ganz selbstverständlich die Aufgaben zu, die zuvor zu denen des Prüfungsamtes gehört hatten: die Auswahl der Bewerber, die Zuweisung an die Praktikumsbüchereien und die Durchführung der Prüfungen. Die Auswahl der Bewerber erfolgte durch die "Prüfungskommission für volksbibliothekarische Ausbildung" (später: Prüfungsausschuß für das Volksbüchereiwesen), die aus Vertretern der Westdeutschen Büchereischule und der Hamburger Büchereikurse bestand, d.h. den Vertretern der beiden Ausbildungsstätten in der Britischen Zone. Die Auswahl der Bewerber ist später von den beiden Fachausschüssen des Zonenerziehungsrats übernommen bzw. auf Vorschlag des Prüfungsausschusses bestätigt worden, dem Fachausschuß für das Volksbüchereiwesen und dem Fachausschuß Wissenschaftliche Büchereien<sup>51</sup>. Der Zonenerziehungsrat (ZER) hatte sich im September 1946 aus der Konferenz der Schulreferenten gebildet und sich am gleichen Tag eine Verfassung gegeben, in der die Bildung von Fachausschüssen vorgesehen war. Die beiden bibliothekarischen Fachausschüsse sind Ende 1946 /Anfang 1947 entstanden, der Fachausschuß Wissenschaftliche Büchereien wurde erst im Juni 1947 vom ZER bestätigt<sup>52</sup>.

Die bei den beiden Bibliotheksschulen eingegangenen Bewerbungen wurden bei der Sitzung der Prüfungskommission bzw. des Fachausschusses für das Volksbüchereiwesen behandelt, dabei erfolgte die Festlegung der Praktikumsbibliothek<sup>53</sup>. Dies

---

Akten, WDB bzw. FH-Akten, KM zitiert. Die Tagesordnung zur Sitzung am 23.2.1946 in FH-Akten, WDB.

<sup>51</sup>Zum Fachausschuß Wissenschaftliche Büchereien vgl. Hermann Tiemann, Bericht über die Tätigkeit des Fachausschusses "Wissenschaftliches Büchereiwesen" beim Zonenerziehungsrat der Britischen Zone. In: Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken 1 (1948) S.2-6.

<sup>52</sup>Zum Zonenerziehungsrat s. Günter Packschies, Umerziehung in der Britischen Zone 1945-1949. Weinheim 1979, S.203-214, 231-234. - Zum Fachausschuß für das Volksbüchereiwesen der Britischen Zone s. die Berichte in: Mitteilungsblatt / Arbeitsausschuß für den Deutschen Büchereiverband, Nr.5 /April 1947) und Nr.6/7 (Juli 1947).



setzte voraus, daß arbeitsfähige Praktikumsbibliotheken in ausreichender Zahl zur Verfügung standen. Bei der zuvor erwähnten ersten Sitzung der Westdeutschen Büchereischule am 23.2.1946 stand ein Rundschreiben an die Ausbildungsbüchereien auf der Tagesordnung<sup>54</sup>. Zwei Entscheidungen waren zu diesem Zeitpunkt bereits getroffen worden, daß die Ausbildung wieder auf drei Jahre ausgedehnt und daß die Preußische Bibliotheksprüfungsordnung vom 24.9.1930 angewandt wird<sup>55</sup>. Praktikumsbibliotheken waren laut Merkblatt vom Juni 1946 in Nordrhein-Westfalen die Öffentlichen Büchereien in Aachen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hagen, Köln, Krefeld, Mülheim, Münster und Wuppertal. Im Merkblatt wird auf die Studiengebühren (RM 150,- pro Semester) und die Kosten für Unterrichtsmaterial (RM 40,- pro Halbjahr) hingewiesen.

Wichtig in diesem Merkblatt war der Hinweis auf eine Übergangsregelung für die Weiterführung der Ausbildung für alle diejenigen, die ihre Ausbildung vor dem 1.10.1946 begonnen hatten. Unterschieden wurde dabei zwischen den Anwärtnerinnen, die ihr Praktikum 1943 oder 1944 begonnen hatten und es ganz oder nur teilweise zu Ende führen konnten, und den Anwärtnerinnen, die das Praktikum im Frühjahr oder Herbst 1945 begonnen hatten. Beiden Gruppen wurde das in der Prüfungsordnung vorgesehene halbjährige Praktikum in einer wissenschaftlichen Bibliothek erlassen.

---

<sup>53</sup>Erhalten hat sich das Protokoll der Sitzung vom 15.10.1947, FH-Akten, WDB.

<sup>54</sup>Erhalten sind zwei Entwürfe, vom März und vom April(?) 1946, und mehrere Exemplare des hektographierten Merkblattes vom Juni 1946. Das "Rundschreiben an die Volks- und Einheitsbüchereien der Nordrheinprovinz" ist mit dem Begleitschreiben der Studienleiterin (Erika Landsberg) vorhanden, datiert vom 14.3.1946, FH-Akten, WDB.

<sup>55</sup>Die Prüfungsordnung vom 24.9.1930 regelte die Prüfung für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und für den Dienst an volkstümlichen Büchereien (ZfB 47, 1930, S.642-649; Jahrbuch der deutschen Bibliotheken 21/22, 1931, S.297-305). Durch Erlaß vom 11.5.1938 war die Ausbildung auf zwei Jahre verkürzt worden (Die Bücherei 5, 1938, S.367-368). Eine eigene APO für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken wurde am 29.2.1940 erlassen (Jahrbuch der deutschen Bibliotheken 31, 1940, S.230-244), die zwei Jahre Ausbildung vorsah. Zu einer eigenen APO für den Dienst an Volksbüchereien ist es bis 1945 nicht mehr gekommen. - Die Entscheidung über die Ausbildungsdauer und über die Anwendung der Prüfungsordnung von 1930 war bei der Zonentagung der Volksbüchereien (28.6. bis 1.7.1946) in Hamburg von den Vertreterinnen der Büchereischulen Köln, Hamburg und

Die Tätigkeit der Büchereischulen begann also 1946 mit Prüfungen bzw. mit Vorbereitungskursen für die Prüfungen der sogen. "überständigen" Anwärter und Anwärterinnen.

Die erste Prüfung fand am 25.6.1946 statt, ihr unterzogen sich sechs Anwärterinnen und zwei Anwärter, sie hatten 1943 ihre Ausbildung begonnen und hätten sie am 1.10. 1944 mit dem theoretischen Teil fortsetzen sollen. Infolge der Schließung der Kölner Schule (s.o.) waren sie der Büchereischule Leipzig zugewiesen worden und von dort vor dem Einmarsch der amerikaniscshen Truppen nach Westdeutschland zurückgekehrt.

Die Prüfung selbst, d.h. der zeitliche Rahmen, die Themen der Hausarbeit und der Klausuren sowie die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses sind von der Büchereischule geregelt worden, zusammengefaßt in einem "Vorschlag zur Abnahme der Prüfung für den Dienst an Volksbüchereien für bereits ausgebildete Schüler der Westdeutschen Büchereischule". Adressat des "Vorschlags" war das Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz; der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Johannes Langfeldt, fungierte als Vertreter der Provinzialregierung. Die Themen der Hausarbeit wurden am 5.4.1946 ausgegeben, Abgabetermin der drei maschinenschriftlichen Exemplare war der 20.5. Die drei zur Wahl stehenden Themen waren denkbar unpolitisch und hätten in der gleichen Formulierung auch schon Jahre früher gestellt werden können. Am 12.6. war der Klausuraufsatz vorgesehen (Thema: Aufgabe und Bedeutung des Buchkartenapparats für die Ausleihe in der Volksbücherei), für den 13.6. Katalogisierung und Abfassung eines Geschäftsbriefes mit dem freilich höchst aktuellen Thema: "In einer wieder zu eröffnenden Volksbücherei fehlen die Fenster in Ausleihe und Arbeitsraum. Glas ist zu bestellen". (Ein Prüfling bestellte Glas für 9 Fenster in der Größe 3 x 1,5 m, was den Korrektor zu der Anmerkung veranlaßte: Etwas viel Glas.) Die mündliche Prüfung am 25.6.1946 erstreckte sich auf fünf Prüfungsfächer ("Volksbildungswesen, Schrifttumskunde und Buchwesen", "Allgemeine Volksbüchereikunde und Leserkunde", "Verwaltungslehre der Volksbücherei", "Bücherkunde der schönen Literatur" und "Bücherkunde des belehrenden Schrifttums und

---

Stuttgart getroffen worden. Vgl. Mitteilungsblatt / Arbeitsausschuß für den Deutschen Büchereiverband Nr.1 (August 1946) S.3f.

Bibliographie") und blieb damit hinter den 10 bzw. 11 Fächern der Prüfungsordnung von 1930 zurück. Verständlich war, daß die in ihr vorgesehenen Fächer wie "Staatsbürgerkunde, Bevölkerungskunde" und "Büro- und Kassenwesen" entfielen; die eigentlichen bibliothekarischen Fächer hatte man auf ein vertretbares Maß reduziert und sie teilweise umgeordnet<sup>56</sup>. Dem Prüfungsausschuß gehörten Johannes Langfeldt als Vorsitzender, die beiden hauptamtlichen Lehrkräfte, Erika Landsberg und Elisabeth Greulsberg, und Carl Jansen und Joseph Peters als nebenamtliche Dozenten bzw. Vertreter von Ausbildungsbüchereien an, sowie Hermann Corsten.

Neben den nachgeholtten Prüfungen liefen die Vorbereitungen für den ersten regulären Lehrgang (um den damals verwendeten Terminus zu gebrauchen). Die Büchereischule ist im Frühjahr 1946 hinsichtlich des Beginns dieser ersten Ausbildung nach dem Kriege recht optimistisch gewesen. In den beiden Entwürfen (vom März und April) zu dem zitierten Merkblatt ist der Termin "1. Oktober 1946" angegeben, im Rundschreiben an die Ausbildungsbüchereien der Nord-Rheinprovinz wird der 1. April 1947 genannt. In dem gemeinsamen Merkblatt (Juni 1946) beider Büchereischulen wird dann darauf hingewiesen, daß die Hamburger Büchereikurse am 1. Oktober 1946, die Kölner Büchereischule am 1. April 1947 beginnen sollen. Dieser erste reguläre Lehrgang hat dann, wie in der Prüfungsordnung vorgesehen, 1 1/2 Jahre Praktikum (ein Jahr Volksbücherei, ein halbes Jahr wissenschaftliche Bibliothek) absolviert und ab 1. Oktober eineinhalb Jahre die Westdeutsche Büchereischule besucht, die zum Zeitpunkt der Prüfung (März 1950) bereits im Bibliothekar-Lehrinstitut aufgegangen war<sup>57</sup>.

Bevor jedoch dieser erste reguläre Lehrgang zur Büchereischule kam, mußten noch zwei Übergangislehrgänge organisiert werden. Wenige Tage nach dem ersten Examen begann am 1. Juli 1946 der erste Lehrgang, der diesen Namen auch verdiente, er

---

<sup>56</sup>Ergebnisse der Prüfungen in: Bücherei und Bildung 1 (1948/49) S.139 und Mitteilungsblatt NRW 1 (1948/49) Nr.1, S.6.

<sup>57</sup>Die Angaben in "Lehrgänge und Abschlußprüfungen an der Westdeutschen Büchereischule seit Kriegsende" in: Mitteilungsblatt NRW 1 (1948/49) Nr.1, S.6 sind insofern mißverständlich, als für den Lehrgang 1948/50 nur die Zeit der theoretischen Ausbildung angegeben ist.

befand sich zwei Semester lang an der Büchereischule, die Prüfung erfolgte vom 28.-30. 4. 1947<sup>58</sup>.

## **b) Eröffnung der Büchereischule und weitere Entwicklung**

Der 1. Juli 1946 war für die Westdeutsche Büchereischule auch insofern ein bedeutendes Datum, als sie an diesem Tag mit Genehmigung der englischen Militärregierung wieder eröffnet wurde<sup>59</sup>. Dieser zweisemestrige Lehrgang (1.7.1946 - 30.4.1947) bestand aus 19 Teilnehmern, 16 Frauen und 3 Männern. Die meisten von ihnen hatten zwischen 1940 und 1942 Abitur gemacht, zwei sogar bereits 1933<sup>60</sup>, die männlichen Teilnehmer waren erst nach Kriegseinsatz in ein Praktikum gekommen, auch bei den weiblichen Teilnehmern spiegelten sich die Zeitläufte in den persönlichen Biographien. Eine Teilnehmerin hatte vom 1. 4. bis 1. 9. 1944 ihr Praktikum in Freiburg (Br.) begonnen, es vom 8. 1. bis 31. 5. 1945 an der Staatlichen Volksbüchereistelle Thüringen fortgesetzt und konnte nun die Ausbildung beenden. Eine andere Teilnehmerin hatte das Praktikum vom 1. 10. 1943 bis zum 30. 9. 1944 an den Volksbüchereien der Stadt Köln absolviert, sie hätte ihre Ausbildung am 1. 10. 1944 fortsetzen können, wäre nicht die Westdeutschen Volksbüchereischule zu diesem Termin geschlossen worden. In der Praktikumsbescheinigung vom 27. 11. 1944 heißt es: "Die Ausbildung wird zu gegebener Zeit zu Ende geführt". Bei der Meldung zur Prüfung mußten die Teilnehmer für die mündliche Prüfung in Bücherkunde (Schöne Literatur und behrendes Schrifttum) einen Wahldichter und ein Wahlfach angeben. Die Liste der Wahlgebiete ist erhalten, sie zeigt bei der sogen. behrenden Literatur eine große Vielfalt, sie reicht von Tiergeschichten über den Entwicklungsroman zum Himalaya, Gartenbüchern und Sozialismus. Die Liste der Wahldichter ist weit

---

<sup>58</sup>Im Mitteilungsblatt a.a.O. wird versehentlich der 22. April 1947 genannt. Das Einladungsschreiben zur mündlichen Prüfung an Hermann Corsten ist vom 22. 4. 1947 datiert, daher eventuell das Versehen.

<sup>59</sup>Erika Landsberg, Die Arbeit der Westdeutschen Büchereischule. In: Der Volksbibliothekar 2 (1948) S.32-33; Dies.: Ein Stück Præhistorie (Anm.46) S.85.

<sup>60</sup>Diese und die folgenden Angaben sind den Prüfungsakten der Teilnehmer entnommen, die in der Regel einen Lebenslauf, den Klausuraufsatz und den Geschäftsbrief enthalten, gelegentlich eine Praktikumsbescheinigung, jedoch keine Zeugnisse.

instruktiver, zeigt sich hier doch recht deutlich die merkwürdige Mischung von "klassischen" Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts mit Unterhaltungsschriftstellern der zwanziger Jahre; bevorzugt wurden Binding, Stehr, Kirschweg, Strauss, Kneip, neben Dauthendey, Eichendorff, Mörike, Fontane, Carossa und Hofmannsthal. Daß auch in den Lehrveranstaltungen durchaus noch Autoren der 20er und 30er Jahre behandelt worden sind, zeigen sieben Buchbesprechungen, die sich von einer Teilnehmerin erhalten haben: Hermann Stehr, Der Geigenmacher, Wilhelm von Scholz, Perpetua, Ina Seidels Wunschkind und Martin Raschke, Die ungleichen Schwestern.

Der Prüfungsausschuß für diese zweite Prüfung war um drei Mitglieder erweitert worden, Rudolf Joerden, Elisabeth Propach und Ruth Sierks waren aus Hamburg hinzugekommen. Diese Erweiterung beruhte auf der Vereinbarung zwischen Hamburg und Köln, gegenseitig an den Prüfungen teilzunehmen. Bei den Hamburger Prüfungen sind Erika Landsberg, Johannes Langfeldt und Carl Jansen anwesend gewesen. Diese wechselseitige Beteiligung entsprach der Aufgabe des "Prüfungsausschusses für das Volksbüchereiwesen [der Britischen Zone]", der, wie oben ausgeführt, für die Annahme zur Ausbildung und für die Einheitlichkeit der Prüfung zuständig war. Am 17. 3. 1947 hatte der Zonenerziehungsrat den Prüfungsausschuß anerkannt<sup>61</sup>, und er hatte auf der gleichen Sitzung den Ländern Hamburg und Nordrhein-Westfalen die staatliche Anerkennung der Bibliotheksschulen empfohlen. Für Köln ist diese Anerkennung zum 1.4.1947 erfolgt.

Gänzlich neu bei diesem Prüfungsausschuß war der Vorsitz, ihn nahm jetzt ein Vertreter des Kultusministers wahr, Oberregierungsrat Richard Schmidt<sup>62</sup>. Der Westdeutschen Büchereischule teilte das Kultusministerium am 1.4.1947 mit, daß eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorbereitet werde, in Anlehnung an die Prüfungsordnung von

---

<sup>61</sup>Schreiben von Ruth Sierks, der Vorsitzenden des Fachausschusses für das Volksbüchereiwesen vom 11. 4. 1947 an die Westdeutsche Büchereischule. FH-Akten, WDB.

<sup>62</sup>Die Bemerkungen von Werner Krieg über Richard Schmidt sind sehr zurückhaltend formuliert; aus den Akten ließen sich ganz andere Urteile fällen. - Werner Krieg, Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis zum Sommer 1964. Frankfurt am Main 1989, S.68.

1930 und: "Ein für das Land Nordrhein-Westfalen zuständiger Prüfungsausschuß wird die Prüfung abhalten. Den Vorsitz führt ein Beauftragter des Kultusministeriums"<sup>63</sup>. Dies war denn auch die letzte Prüfung, an der Vertreter aus Hamburg teilnahmen. Ein Jahr später, als der nächste Übergangslehrgang zur Prüfung anstand und die Büchereischule wiederum einen "Vorschlag für die Prüfung..." mit den Daten, Themen und der Zusammensetzung des Prüfungsausschusses an das KM einreichte, wurde die Teilnahme der Hamburger Kollegen nicht genehmigt. Bei einer Besprechung am 13.8.1948 in Düsseldorf hatte R. Schmidt der Büchereischule offenbar mitgeteilt, daß "Hamburger in Köln nichts zu suchen haben" und daß eine Einladung nicht in Frage komme<sup>64</sup>.

Mit der Genehmigung des "für das Land Nordrhein-Westfalen zuständigen Prüfungsausschusses" am 1.4.1947 war es mit der Einheitlichkeit in der Britischen Zone vorbei. Der ZER hatte in seiner Sitzung am 24./25. 10. 1947 beschlossen, daß sich die Länder verpflichten, in allen das Volksbüchereiwesen betreffenden Fragen eine Koordinierung durch Besprechung und Abstimmung vorzunehmen, zugleich jedoch bekräftigt, daß jedes Land grundsätzlich das Recht hat, einen eigenen Prüfungsausschuß zu bilden, "der nunmehr für sich alle die Funktionen übernimmt, die bisher im Sinne der einheitlichen Zusammenarbeit der Prüfungsausschuß für die gesamte Zone geleistet hat"<sup>65</sup>. Bei dieser Sitzung des ZER im Oktober 1947 wurde ferner ein Ausschuß zur Vorbereitung einer Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst und für den Dienst an Volksbüchereien gebildet. Jedoch klingt hier bereits an, daß es wohl zu zwei Ausschüssen und wohl auch zu zwei Ausbildungsordnungen kommen werde. An dem Vorbild der gemeinsamen Prüfungsordnung von 1930 haben sich die Entwürfe nach 1947 noch lange orientiert, auch im Sinne einer länderübergreifenden

---

<sup>63</sup>FH-Akten, WDB. Im Text findet sich ein Schreibfehler, die Preußische Prüfungsordnung ist auf den 24. Sept. 1920 datiert.

<sup>64</sup>Das Zitat und die Unterstellung Schmidts, bei der Auswahl in Hamburg sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen, findet sich in einem Aktenvermerk von Erika Landsberg vom 16.8.1948 und stellenweise wortgleich in einem Schreiben an die Kultusministerin vom 24.8.1948. - FH-Akten, KM.

Regelung, denn bis 1948 enden zahlreiche Entwürfe mit dem Vorbehalt "zeitlich gelten diese Vorschriften bis zur reichseinheitlichen Regelung", wobei man das letzte Adjektiv wohl nur als einen terminus technicus verstehen darf.

### **c) Ausbildung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken**

Einer der Tagesordnungspunkte der ersten Besprechung der Westdeutschen Büchereischule im Februar 1946 war der "Einbau des Ausbildungszweiges für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken" (s.o.). Obwohl die Büchereischule eine kommunale Gründung war, ist von vornherein an die Einbeziehung des gehobenen Dienstes gedacht gewesen. Der neue Name der Büchereischule kam dieser Absicht zweifellos entgegen, auch die Einladung an Hermann Corsten zu dieser ersten Besprechung und seine Teilnahme an den Prüfungen machen dies deutlich.

An der Besprechung am 23. 2. 1946 scheint auch ein Vertreter des Hauptamtes Kultur der Stadt Köln teilgenommen zu haben, denn knapp ein halbes Jahr später erbat der Dezernent Steinforth in einem Schreiben vom 11. 7. 1946 einen Bericht über den Stand der Büchereischule und erkundigte sich, ob es schon "praktisch zu einem Anschluß des Ausbildungszweiges für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken" gekommen sei<sup>66</sup>. Am 1. 8. 1946 hat darüber offenbar eine Besprechung stattgefunden, denn am 3. 8. 1946 übersandte Erika Landsberg einen Lehrplan für 3 Semester und wies darauf hin, daß die angekreuzten Gebiete "für den gemeinsamen Unterricht des wissenschaftlichen und des volksbibliothekarischen Ausbildungszweiges vorgesehen" seien<sup>67</sup>; sie teilte jedoch vorsorglich mit, daß im Augenblick noch nicht entschieden werden könne, wie dies praktisch durchzuführen sei. Die Angaben im

---

<sup>65</sup>Schreiben des Prüfungsausschusses für das Volksbüchereiwesen an die Mitglieder dieses Prüfungsausschusses vom 11. 11. 1947 als Vorinformation, bevor das Protokoll der ZER-Sitzung vorlag. - FH-Akten, KM.

<sup>66</sup>Hist.Archiv der Stadt Köln, Acc.67, Nr.11, Bl.83.

<sup>67</sup>Ebda. Bl. 84 (Lehrplan), 86 (Begleitschreiben).

zitierten "Merkblatt" vom Juni 1946, der nächste Termin für den Beginn der regulären Ausbildung sei der 1. 10. 1946, war zu diesem Zeitpunkt bereits überholt<sup>68</sup>.

Das "Merkblatt", das von zwei parallel laufenden Ausbildungen ausging, verzahnt durch das jeweilige halbjährige Praktikum in einer Bibliothek der anderen Sparte und eine theoretischen Ausbildung unter einem Dach, mit teilweise gemeinsamen Lehrveranstaltungen, entsprach den Intensionen der Prüfungsordnung von 1930, hinsichtlich der gemeinsamen theoretischen Ausbildung ging es sogar noch darüber hinaus. Diese "gleichmäßig nebeneinanderstehende" Ausbildung beider Sparten ist denn auch in allen nordrhein-westfälischen Entwürfen verteidigt worden.

Am 26. 6. 1946, also einen Tag nach der ersten Prüfung, trafen sich in Köln "Vertreter des wissenschaftlichen und Volksbibliothekswesens zur Beratung beruflicher Fragen", wie es in dem Bericht vom 4. 7. 1946 an das Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz heißt. Anwesend waren Wilhelm Bayer (StB Aachen), Karl Lelbach (UB Bonn), Hermann Reuter (StuLB Düsseldorf), Hermann Corsten (UuStB Köln), Erika Landsberg und Johannes Langfeldt; entschuldigt hatten sich Carl Jansen (StB Essen) und der Direktor des Borromäus-Vereins. Beraten wurde 1) eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung, 2) "die Einsetzung eines Beirates für Bibliotheksangelegenheiten der Nord-Rheinprovinz". Einen solchen Beirat hat Hermann Corsten dann auch im November 1946 in einem Exposé vorgeschlagen, bevor es im Mai 1947 zu dem Plan eines regelrechten Verbandes kam<sup>69</sup>. Dem Bericht ist der "Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen mittleren (!) Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken und für den Dienst an Volksbücherein der Nord-Rheinprovinz" beigefügt, zur "Kenntnisnahme und Genehmigung" <sup>70</sup>.

---

<sup>68</sup>Am 28. 9. 1946, 1. 10. 1947 und 22. 3. 1948 haben an der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln Übergangsprüfungen für den gehobenen Dienst stattgefunden, vgl. Mitteilungsblatt NRW 1 (1948/50) Nr.1, S.6f.

<sup>69</sup>Werner Krieg, Der Verband... (Anm.62) S.17f.

<sup>70</sup>Entwurf und Anschreiben vom 4. 7. 1946 in: FH-Akten, WDB.



Die gemeinsame Ausbildungs- und Prüfungsordnung ist ganz an der Prüfungsordnung von 1930 ausgerichtet, die (letztmals) die Prüfung für beide Sparten geregelt hatte. Diese Ausrichtung geht bis zur Übernahme der alten Formulierungen, selbst die Prüfungsgebühr von RM 30,- findet sich in gleicher Höhe wieder. Den geänderten politischen Umständen wird an entscheidender Stelle Rechnung getragen. War 1930 noch der Staatliche Prüfungsausschuß für das Bibliothekswesen in Berlin zuständig, so sollte jetzt ein "Prüfungsausschuß für das Bibliothekswesen beim Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz" in Düsseldorf etabliert werden, mit dem Dezernenten für wissenschaftliches bzw. Volksbüchereiwesen als Vorsitzendem im turnusmäßigen Wechsel von zwei Jahren. Auch die alte Aufteilung des Prüfungsausschusses in zwei Abteilungen (mittlerer Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und Dienst an Volksbüchereien) findet sich wieder, die Zahl der Mitglieder jeder Abteilung hatte man jedoch von sechs auf drei halbiert. Anders als in der Prüfungsordnung von 1930 werden die Bibliotheken aufgeführt, die zur Ausbildung berechtigt sind. Für den mittleren Dienst sind dies immerhin 27, für die Volksbüchereien 18, in beiden Fällen jedoch Bibliotheken in der gesamten Britischen Besatzungszone (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, sogar Bremen, dies ist in den Entwürfen seit 1947 korrigiert). Einzelheiten der Prüfung und die Gebiete der mündlichen Prüfung sind hier nicht von Interesse.

Aus diesem ersten Entwurf einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung sind die Bestimmungen über den Prüfungsausschuß, den Vorsitzenden und die Gliederung in zwei (ab 1947 in drei) Abteilungen in allen späteren Entwürfen wiederzufinden.

Zu den Entwürfen für eine eigene Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst ist es dann 1947 gekommen. In den Akten der FH findet sich ein nicht datierter früher Entwurf, der wegen einiger Besonderheiten interessant ist: die Ausbildung soll zwei Jahre dauern, Zulassungsvoraussetzung ist das Abitur, das zweite Ausbildungsjahr soll an der UuStB Köln abgeleistet werden, dabei nehmen die Praktikanten "an den für sie geeigneten Vorlesungen und Übungen des Instituts für Buch- und Bibliothekswesen an der Universität Köln teil", Leiter der Gesamtbildung

ist der Direktor der UuStB Köln<sup>71</sup>. Als Vorbild für eigene Prüfungsordnungen des gehobenen Dienst konnte die Preußische Prüfungsordnung von 1930 dienen oder die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 28. 2. 1940, die erstmals nur für den gehobenen Dienst galt<sup>72</sup>, letztere hatte die Ausbildungszeit von drei auf zwei Jahre reduziert und, wegen der Einheitlichkeit mit den anderen Beamtenlaufbahnen, auf das Abitur als Zugangsvoraussetzung verzichtet. Die genannten Einzelheiten dieses Entwurfs tauchen in späteren Entwürfen so nicht mehr auf, vor allem war man auch offiziell zur dreijährigen Dauer der Ausbildung des gehobenen Dienstes über (bzw. zurück-)gegangen. Hinsichtlich der theoretischen Ausbildung werden noch bis 1948 das Institut für Buch- und Bibliothekswesen (s.u.) oder eine "wissenschaftliche Abteilung" der Westdeutschen Büchereischule genannt. Insgesamt schwankte man (nicht nur in Nordrhein-Westfalen) bis Anfang der 50er Jahre zwischen den Termini "gehobener" und "mittlerer" Dienst. Die Scheu vor "gehobener" Dienst mag damit zu erklären sein, daß diese Bezeichnung erstmals in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1940 auftauchte und man wohl keinen Begriff aus der NS-Zeit verwenden wollte.

Beim Hamburger Bibliothekartag am 22.-24. 10. 1946 hatte Wilhelm Bayer in Vertretung für Hermann Corsten von den Kölner Entwürfen berichtet. Referiert wurde der Entwurf vom Juni 1946, der sich an der Prüfungsordnung von 1930 orientierte. Wie der Auszug aus der Diskussion zeigt, wurde zwar das halbjährige Praktikum an einer Volksbücherei für "erwünscht" gehalten, die größten Bedenken wurden gegen die Ausdehnung auf drei Jahre vorgebracht<sup>73</sup>.

Die Diskussion darüber fand schließlich im Fachausschuß Wissenschaftliche Büchereien des ZER statt. Im Juni 1947 wurde der Vorsitzende, Hermann Tiemann, mit der Ausarbeitung einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung beauftragt, deren Text er

---

<sup>71</sup>FH-Akten, WDB.

<sup>72</sup>Zu den Prüfungsordnungen von 1930 und 1940 und ihrem Fortwirken bis in die fünfziger und sechziger Jahre s. Rudolf Jung, Die bibliothekarische Ausbildung 1945-1965. In: Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965 : 6. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte. Wiesbaden 1993, S.199-219.

<sup>73</sup>Wilhelm Bayer, Ausbildungsfragen im mittleren Dienst : die Köln-Hamburger Regelung. In: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Hamburg 1947, S.120-123.

dem 1. Rundschreiben des Fachausschusses (datiert vom 14. 7. 1947) beifügte<sup>74</sup>. Der Entwurf "Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken der Britischen Besatzungszone" umfaßte 23 Paragraphen, ging vom Abitur als Zulassungsvoraussetzung aus und sah eine Ausbildungszeit von 2 1/2 Jahren vor (1 Jahr wissenschaftliche Bibliothek, 1/2 Jahr Volksbücherei, 1 Jahr Bibliotheksschule), nach bestandener Prüfung sollte ein Zeugnis ausgehändigt werden, das in Klammern "Diplom" genannt wird; zur Berufsbezeichnung selbst ist noch nichts gesagt. Im Begleitschreiben machte Hermann Tiemann diese Regelung, die mit 2 1/2 Jahren einen Kompromiß darstellte, den Bibliotheken schmackhaft.

In Nordrhein-Westfalen entwickelte man unterdessen den Entwurf von 1946 bzw. die Prüfungsordnung von 1930 weiter, zu ihr hatte sich auch der Ausbildungsausschuß des gerade (8. 10. 1947) gegründeten Verbandes bei seiner 1. Sitzung am 21. 11. 1947 bekannt, und damit zur dreijährigen Ausbildung "in Anpassung an den gehobenen Verwaltungsdienst"<sup>75</sup>. Diese Ausbildungsdauer sah auch der Entwurf von Karl Lelbach vom August 1947 vor<sup>76</sup>. Dem Begleitschreiben vom 21. 8. 1947 kann man entnehmen, daß dieser Entwurf an Hermann Corsten ging, mit der Bitte, ihn Christoph Weber (UB Münster), Hermann Reuter (StuLB Düsseldorf) und Werner Schmitz (BTH Achen) zuzusenden. In dem in der FH vorliegenden Exemplar, das aus den Unterlagen von Hermann Corsten stammt, sind an verschiedenen Stellen handschriftliche Änderungen angebracht, die die unterschiedlichen Auffassungen von Karl Lelbach (Entwurf) und Hermann Corsten (Korrekturen) spiegeln. So hatte Karl Lelbach für das halbjährige Praktikum alternativ eine Spezialbibliothek vorgesehen oder eine Volksbücherei, Hermann Corsten hatte der Spezialbibliothek noch das Adjektiv "wissenschaftl" vorangestellt und die Beispiele von Lelbach (Musikbücherei, Werkbücherei) gestrichen. Gravierender waren die Änderungen der Ausbildungsdauer: hatte Lelbach noch drei

---

<sup>74</sup> Akten-Akten, WDB

<sup>75</sup>Werner Krieg, Der Verband... (Anm. 62), S. 92.

<sup>76</sup>FH-Akten, WDB.

Ausbildungsjahre, 1 1/2 Jahre Praktikum, 1 1/2 Jahre Bibliotheksschule (sic!), vorgesehen, so korrigierte Corsten in 2 1/2 Jahre, davon nur ein Jahr theoretische Ausbildung. Gänzlich neu an diesem Entwurf war das vorgesehene Ausbildungs- und Prüfungsamt, das sich zu diesem Zeitpunkt jedoch schon so konkretisiert hatte, daß von der "Abt. II." gesprochen wurde. Bei einer Besprechung des Kultusministeriums mit dem Ausbildungsausschuß am 26. und 27. 9. 1947 in Ratingen<sup>77</sup> scheint es auch um dieses Prüfungsamt gegangen zu sei. Den Teilnehmern wurde ein Entwurf vorgelegt mit dem etwas pompös klingenden Namen "Staatliches Ausbildungs- und Prüfungsamt für das Bibliothekswesen des Landes Nordrhein-Westfalen". Dieses Amt sollte sich in vier Abteilungen gliedern, eine "für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst", eine für den "mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken", die dritte für "den Dienst an Volksbüchereien" und schließlich eine "für bibliothekstechnisches Personal". Daß es sich um eine Entwurf des Kultusministeriums handelte, zeigt § 4: "Der Leiter... wird von mir jeweils auf die Dauer von drei Jahren ernannt". Wie sich das Ministerium die Abteilungen und deren Leitung vorstellte, geht aus dem gleichfalls in Ratingen vorgelegten Entwurf einer APO für den Dienst an Volksbüchereien hervor, als Abteilungsleiter war "der Ministerialreferent für das Volksbüchereiwesen" vorgesehen! In dem von Karl Leibach versandten Entwurf war es an der entsprechenden Stelle der Ministerialreferent für das wissenschaftliche Bibliothekswesen. Interessant an diesem Entwurf ist ferner, daß hier erstmals der "wissenschaftliche Bibliotheksdienst, d.h. der Höhere Bibliotheksdienst, auftaucht, es also den Beteiligten sinnvoll erschien, die gesamte bibliothekarische Ausbildung unter einem Dach zu vereinigen, zuerst unter dem des Prüfungsamts, später unter dem der neuen Ausbildungsstätte.

Bis zur Mitgliederversammlung des Verbandes am 17.3. 1948 (in Köln) hatte sich in der Angelegenheit Prüfungsordnungen und Ausbildungs- und Prüfungsamt noch nichts getan<sup>78</sup>. Eine Neuordnung der Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Dienst an

---

<sup>77</sup>Vgl. dazu Werner Krieg, Der Verband... (Anm. 62) S.43 und Anm. 106 (S.278). In den Akten der FH, Akte WDB, ist eine Kopie vorhanden, die mit "Ratingen, 26. 9. 1947" und dem Handzeichen von Corsten abgezeichnet ist.

<sup>78</sup>Werner Krieg, Der Verband... (Anm. 62) S.43 f.

wissenschaftlichen Bibliotheken war zu diesem Zeitpunkt umso dringender, als das Kultusministerium dem Antrag des Verbandes, den "wissenschaftlichen Zweig" der Westdeutschen Büchereischule zum 1. 4. 1948 zu öffnen, entsprochen hatte<sup>79</sup>.

Was im Februar 1946 bereits diskutiert worden war, die Einbeziehung des mittleren Dienstes, wurde dann zwei Jahre später erreicht. Am 15.4.1948 begann der erste Übergangslehrgang des gehobenen Dienstes seine theoretische Ausbildung an der Westdeutschen Büchereischule, freilich nur für ein Semester. Die Prüfung fand am 21.9.1948 statt, geprüft wurden 10 Anwärtinnen und 3 Anwärter.

Die Abteilung für die Volksbüchereien waren bereits einen Schritt weiter. Vom 22. bis 24.9.1948 fanden die Prüfungen für die 26 Teilnehmer des ersten (und letzten) Überganglehrgangs statt, die seit dem 12. Mai 1947 bereits drei Semester an der Büchereischule verbracht hatten. Dem sehr ausführlichen Bericht über diesen Lehrgang ist zu entnehmen, daß schon im Sommer 1947 Dozenten beteiligt waren, die später auch oder vor allem die Lehrveranstaltungen für den gehobenen Dienst durchführten, es waren dies Paul Körholz (Bibliographie), Getrud Rechmann (Katalogisierung), Rudolf Juchhoff (Englische und amerikanische Literatur) und Clemens Veltmann (Buchhandel)<sup>80</sup>.

Neue und für beide Abteilungen gültige Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gab es zu diesem Zeitpunkt freilich immer noch nicht. Den vorläufig letzten Vorstoß machte der Ausbildungsausschuß des Verbandes. Im Mai 1948 übersandte der Vorsitzende des Verbandes, Josef Kroll, die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und die für den Dienst an Volksbüchereien<sup>81</sup>. Die Frage der Ausbildungsdauer des gehobenen Dienstes war offenbar noch immer umstritten, der Ausschuß hatte jedoch "die notwendige

---

<sup>79</sup>Werner Krieg, Der Verband... (Anm. 62) S.43 f.; Wilma Klompen, Das Bibliothekar-Lehrinstitut 1949 - 1974 (Anm. 41) S. 3

<sup>80</sup>FH-Akten, WDB.

<sup>81</sup>Köln, Universitätsarchiv, Zugang 9, Nr.544, Bl.114-115.

gleichmäßige Dauer" beider Ausbildungsgänge auf drei Jahre festgesetzt. Die interessanteste Änderung betraf das Ausbildungs- und Prüfungsamt. § 4 in beiden Ordnungen lautete: das "Bibliothekarische Ausbildungs- und Prüfungsamt ist eine staatliche anerkannte Einrichtung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. Seine Geschäfte werden bei der Staatlichen Büchereischule in Köln geführt"<sup>82</sup>; dem entsprach die Formulierung in § 1, daß die Prüfung abzulegen sei "vor dem Prüfungsausschuß des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen".

Über die Mitwirkung des Verbandes am Ausbildungs- und Prüfungsamt scheint es Anfang Juli 1948 eine Besprechung im Kultusministerium gegeben zu haben. Auf das Protokoll vom 27.7.1948 reagierte Hermann Corsten in einem Schreiben vom 28.7. an das Kultusministerium<sup>83</sup> und machte dabei deutlich, daß der Verband sich sehr wohl mit Fragen der Ausbildung zu befassen habe und daß die offensichtlich von Seiten des Kultusministeriums vorgetragene "Auffassung, der Zweckverband der Bibliotheken sei nur eine Einrichtung zur Förderung des Zentralkataloges... irrig ist". Josef Kroll hatte am 16. Juni 1948 die beiden Entwürfe dem Kultusministerium zur Genehmigung vorgelegt<sup>84</sup> und hinsichtlich des Ausbildungs- und Prüfungsamtes auf das Vorbild der Library Association in Großbritannien hingewiesen, ein Hinweis, der auf das Kultusministerium jedoch keinen großen Eindruck gemacht zu haben schien, denn später ist davon nicht mehr die Rede.

Der Entwurf der Prüfungsordnung für den Dienst an Volksbüchereien hatte im Titel eine Änderung erfahren, erstmals wird vom "gehobenen Dienst an Volksbüchereien" gesprochen. Die Erklärung wurde in einer Kuratoriumssitzung des Bibliothekar-

---

<sup>82</sup>Ebda., Bl.149 und 155.

<sup>83</sup>FH-Akten, WDB. Vorhanden ist die Durchschrift und eine Kopie des Anschreibens an J.Kroll, der ebenfalls eine Kopie des Schreibens erhielt.

<sup>84</sup>Köln, Universitätsarchiv, Zugang 9 (Anm.81), die Entwürfe Bl.149-154 (WB) und 155-159 (ÖB).

Lehrinstituts am 28.6.1949 nachgeliefert, diese Formulierung sei aus Gründen der gehaltlichen Einstufung hinzugefügt worden<sup>85</sup>.

Die beiden Prüfungsordnungen, um dies abzuschließen, beschäftigten das Kuratorium des im Februar 1949 gegründeten Bibliothekar-Lehrinstituts noch eine Zeitlang; die Sitzung am 28.9.1949 war dann die erste, auf deren Tagesordnung die Prüfungsordnungen fehlten<sup>86</sup>. Mit dem Inkrafttreten der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sollte es allerdings noch gute Weile haben, für die Ausbildung an Öffentlichen Bibliotheken kam es erst 1957 zu einer Ordnung, für den gehobenen Dienst überhaupt erst 1965.

#### **d) Änderung des Status und des Namens**

In den Entwürfen der Ausbildungskommission des Verbandes war in § 4 übereinstimmend von der "Staatlichen Büchereischule" die Rede, der noch gültige offizielle Name taucht hier schon gar nicht mehr auf. Eine neue Version findet sich in dem Begleitschreiben von Josef Kroll: "Als Ausbildungsort für die theoretische Ausbildung ist eine Büchereischule im Rahmen des in Bildung begriffenen Instituts für Buchwesen an der Universität Köln vorgesehen"<sup>87</sup>. Bei einer Besprechung am 9.8.1948 im Kultusministerium über das Institut für Buch- und Bibliothekswesen<sup>88</sup> kamen auch die beiden Prüfungsordnungen zur Sprache. Dabei wies die Kultusministerin, Christine Teusch, darauf hin, daß sie die Prüfungsordnungen nicht unterzeichnet habe, weil erst das Prüfungsamt mit dem geplanten Institut "organisch verbunden" werden müsse,

---

<sup>85</sup>Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Bibliothekar-Lehrinstituts am 28.6.1949. - Köln, Universitätsarchiv, Zugang 28, Nr.791, Bl.38.

<sup>86</sup> Köln, Universitätsarchiv, Zugang 28 (Anm.85) Bl.61.

<sup>87</sup>Das "Institut für Buch- und Bibliothekswesen an der Universität Köln" hatte eine lange Vorgeschichte und eine kurze Lebensdauer. Vgl. die Zusammenfassung bei W.Klompen, Das Bibliothekar-Lehrinstitut 1949-1974 (Anm.41), S. 22.

<sup>88</sup>Aktenvermerk (Protokoll) des KM vom 12.8.1948. - Köln, Universitätsarchiv, Zugang 9, Nr.544, Bl.176.

zudem könne das Institut nicht im Rahmen der Universität gegründet werden. Bei dieser Gelegenheit tauchte erstmals eine neue Benennung für die Büchereischule auf, "Westdeutsches Büchereiinstitut"<sup>89</sup>.

Die Westdeutsche Büchereischule war bei ihrem Arbeitsbeginn 1946 eine kommunale Gründung, die Anerkennung durch die Britische Militärregierung änderte daran vorerst nichts. Nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 (Verordnung Nr. 46 der Militärregierung vom 23.8.1946) gingen Funktionen der Provinzialregierung der Nord-Rheinprovinz auf das Land über, z.B. die Aufsicht über die Prüfungen und die Siegelung aller Zeugnisse. Bereits im Januar 1947 begannen Verhandlungen mit der Stadt Köln, die Büchereischule in den Landesetat zu überführen. Vor der endgültigen Zustimmung hatte der Oberstadtdirektor Rudolf Reuter um eine Stellungnahme über den Unterhalt der Büchereischule gebeten<sup>90</sup>.

Mit der Aufnahme des Etats der Büchereischule für das Haushaltsjahr 1947/48 in den Landesetat wurde die Büchereischule zu einer Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dies machte u.a. der Schlußsatz in der Aufstellung über die Besoldung der Lehrkräfte und des Personals für 1947/48 deutlich, die das Kultusministerium dem Oberstadtdirektor übersandt hatte<sup>91</sup>. Bald darauf begann der Austausch von Vertragsentwürfen zwischen der Stadt Köln und dem Land zur Übernahme der Büchereischule. Der früheste Entwurf stammt vom 22.4.1947, darin ist der Leiter der Städtischen Büchereien als "Schulleiter" vorgesehen, was eine Fortschreibung der bisherigen Verhältnisse bedeutet hätte, dagegen äußerte das Kultusministerium naturgemäß Bedenken<sup>92</sup>. Die Verhandlungen zogen sich das ganze Jahr 1948 hin, als

---

<sup>89</sup>Ebda, Bl.177

<sup>90</sup>Hist. Archiv der Stadt Köln, Acc.67, Nr.4, Bl.271-272.

<sup>91</sup>Ebda. Bl.264.

<sup>92</sup>Ebda. Bl.260, Bl.223.



es endlich zu einem Vertrag kommt, existierte die Westdeutsche Büchereischule schon gar nicht mehr, im Vertragstext ist an ihre Stelle das Bibliothekar-Lehrinstitut gerückt<sup>93</sup> .

So war nach knapp dreieinhalb Jahren der Arbeitsplan vom Februar 1946 abgearbeitet. Die Übergangsprüfungen hatten stattgefunden, die ersten regulären Lehrgänge hatten ihre Ausbildung bereits begonnen, der Ausbildungsgang für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken war organisatorisch mit der Ausbildungseinrichtung vereinigt. Und damit begann eine neue Phase in der Geschichte der bibliothekarischen Ausbildung in Köln.

---

<sup>93</sup>Vertrag vom 24.3. und 22.4.1949 zwischen der Stadt Köln und dem Land Nordrhein-Westfalen. - Hist. Archiv der Stadt Köln, Acc 67, Nr.14, Bl.110-112. - Einzelheiten s. bei W.Klumpen, Das Bibliothekar-Lehrinstitut 1949-1974 (Anm.41) S.6f.

#### **IV. Weiterführende Literatur**

Eine umfangreiche Zusammenstellung der Literatur (Beiträge, Erlasse, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, Schriftenreihen) zur bibliothekarischen Ausbildung in Köln bis 1988 findet sich in:

**Jung, Rudolf, und Ingeborg Konze: Sechzig Jahre bibliothekarische Ausbildung in Köln : eine Bibliographie. - Köln 1989. - XII, 375 S. - (Kölner Arbeiten zum Bibliotheks- und Dokumentationswesen ; 13)**

Die Zeit von 1949 bis 1981, die Zeit des Bibliothekar-Lehrinstituts, behandeln zwei Beiträge:

**Klompen, Wilma: Das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen von 1949 bis 1974. - In: Bibliothekarische Ausbildung in Theorie und Praxis. - Köln 1975. - (Arbeiten aus dem Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen ; 45). - S.1-31.**

**Klompen, Wilma: Das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen von 1974 bis 1981. - In: Buch und Bibliothekswissenschaft im Informationszeitalter: internationale Festschrift für Paul Kaegbein. - München 1990. - S.45-58.**

Über die ersten vier Jahre der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen liegt der Bericht des ersten Rektors am Ende seiner Amtszeit vor:

**Jung, Rudolf: Rückblick auf vier Jahre Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen. - In: Mitteilungsblatt / Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. - N.F. 37 (1987) S.114-121.**

Die weitere Entwicklung der Fachhochschule ist dokumentiert in den **Jahresberichten** 1981 bis 1984. Für 1995 (zum 1. April erfolgte die Umwandlung in den Fachbereich für Bibliotheks- und Informationswesen der Fachhochschule Köln) liegt kein Jahresbericht vor.